

Erscheint täglich außer Montags... Abonnement-Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 17. April 1891.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

Die Schule im Dienste des Mannes.

Als im vorigen Winter der Ruf erging, die Schule solle mobil gemacht werden zum Kampf wider die Sozialdemokratie...

„Allerdings sehr gefährlich für die — Ruh! Und allerdings sehr gefährlich für die — Schule!“

Und wir haben recht gehabt. Jeder Versuch über-eifriger Lehramts-Streber, die Schule zur „geistigen Bekämpfung“ der Sozialdemokratie zu missbrauchen...

Der Misserfolg war so vollständig und so beschämend, daß man bald zu der Ueberzeugung kam, von einer direkten „Bekämpfung“ der Sozialdemokratie in der Schule könne die Rede nicht sein...

Jetzt endlich ist das Geheimniß enthüllt — und zwar in einer dicken, 212 Seiten starken, in 2500 Exemplaren abgezogenen Broschüre, betitelt:

„Des Lehrers Rüstzeug im Kampfe der Schule gegen die Sozialdemokratie. Allen Vaterlandsfreunden gewidmet von J. J. Sachse, erstem Seminarlehrer. Leipzig, Max Hesse's Verlag, 1891.“

„Des Lehrers Rüstzeug“ — ein recht hübscher Titel. Und im Vorwort ist der Verfasser auch recht vernünftig:

„Es erscheint notwendig, von vornherein Verwahrung dagegen einzulegen als empfehle ich, die Schule zum Zummelplatz der Klassenverhetzung gegen die um die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung ringenden Arbeiter zu machen.“

Also wir sollen getödtet werden, ohne daß wir es merken, „rein objektiv“ und „ohne jede Beziehung“ auf uns — was freilich einen Hexenmeister erheischt.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

189

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert Schweichel.

Der Müller, der mit seinen Holzrechnungen beschäftigt war, schaute etwas verwundert auf. „Frau aber, die ihm näher gegenüber am Tische saß, fragte mit spöttischer Theilnahme, ob ihr eine Partie, die sie schon am Wandel zu haben vermeint, plötzlich in das Wasser gefallen wäre?“

„Wem bricht's denn?“ fragte der Alte trocken, und seine Frau sagte: „Aber, Mann, merkst Du denn nicht, daß es der Jungfer ihr's ist? Mich wundert's, daß Du noch ein Stücklein davon ganz gelassen hast.“

Der Scherz kam mit einer auffallenden Herbigkeit über ihre Lippen. Wohl wußte sie, daß ihr Mann nie daran gedacht hatte, Wesa zu seiner Frau zu machen; allein seit ihrer letzten Begegnung mit Ambros auf der Fahrt nach Zwischenwasser war wiederholt der Wunsch in ihr aufgetaucht, daß irgend eine Andere an ihrer Stelle wäre.

„Wieso auch vor Euch hat er es geheim gehalten?“ fragte Wesa. „Und Ihr wißt nicht, daß der Ambros sich in...

„Neuere Machtmittel erweisen sich stets als unzulänglich gegen die Ideen und Geistesrichtungen großer Massen.“

Man sieht, dem Verfasser ist es ernst mit der geistigen Bekämpfung. Durch streng geistige Waffen, nicht durch äußere Machtmittel sollen wir indirekt getödtet werden.

Unsere Pflicht ist es, dem Sozialismus für die Zukunft den Boden zu entziehen durch einen gründlichen und zielbewußten Unterricht, namentlich aber durch eine echt christliche Erziehung, welche unentwegt darauf abzielt, die bestehende Weltordnung als einen Regierungsakt des allweisen Gottes und als eine Naturnothwendigkeit erkennen zu lassen...

Nun — die meisten dieser Wortfügungen sind schon alte Bekannte aus der Zeit der preussischen Schulregulative. Doch stoßen wir uns nicht hieran. „Gründlicher und zielbewußter Unterricht“ ist jedenfalls nicht zu verachten. Worin soll er bestehen? In „gründlicher Kenntniß der Volkswirtschaft und der Staat- und Gesellschaftsbildenden Faktoren“.

So weit so gut. Er könnte fast aussehen wie ein echter Löwe, der dem Sozialismus echte und scharfe Zähne zu weisen hat — da wirft unser Hans Schnock plötzlich die Löwenhaut ab, verbengt sich freundlich vor uns: „Fürchten Sie sich nicht, ich bin ja kein wirklicher Löwe, ich bin der biedere Hans Schnock — nein J. J. Sachse, und damit Ihnen nicht Angst wird vor meinem „Rüstzeug“, will ich Ihnen verrathen, woraus es besteht.“

„Nationalökonomie“ von Conzen 2. Band; „Geschichte der Volkswirtschaftlichen Literatur“ von demselben; „Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkt“ von Roscher; „Geschichte der Gesellschaft“ von Rehbach; „Die Unvereinbarkeit des sozialistischen Zukunftsstaats mit der menschlichen Natur“ von Schäfer; „Der Sozialismus“ von Cathrein; „Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie“ von Costa-Mossati; „Die ersten Elemente der Wirtschaftskunde“ von Luigi Costa; „Kleines Handbuch der Nationalökonomie“ von Maurice Bloch.

Das gesammte „Rüstzeug“ — Makulatur!

Und diesem „Rüstzeug“ entspricht das „Wissen“, welches auf 212 Seiten wie Kraut und Rüben daliegt und uns angähnt. Den „vaterlandslosen Marx“ verzeihen wir gern, um des Herzogs von Orleans willen, „der sich citizen Egalité, d. h. Bürger Namens Freiheit...

Es hätte ihn stärken sollen, daß Ambros sein damaliges Versprechen nicht gehalten und sich auf der Wähle nicht hatte blicken lassen; allein es hatte ihn unterwühlt, zerwühlt und sie wußte bereits, daß er am Allerheiligentage mit Stasi auf dem Kirchhofe gewesen war.

„Da ist der Jerg; der kann es Euch eben so gut sagen wie ich. Er ist gewiß dabei gewesen, ist er doch dem Ambros sein bester Freund.“

„Frau fühlte einen Stich im Herzen; sie nahm hastig die Arbeit, welche sie bei Wesa's Eintritt hatte auf den Schooß sinken lassen, wieder auf und beugte den Kopf darüber.“

„Jerg schaute die Anwesenden fragend an und erkundigte sich, wovon die Rede wäre und wobei er zugegen gewesen sein sollte?“

„Nein, wie diese Mannseute sich verstellen können,“ rief Wesa. „Gestehet's doch mir, denn zu ändern ist es doch nicht mehr, und lustig genug wird's auf der Hochzeit in St. Martin schon zugegangen sein.“

„Schmah Du dem Fasel ein Ohr ab,“ rief Jerg grob. „Da soll Einer daraus Flug werden!“

„Also auch vor Euch hat er es geheim gehalten?“ fragte Wesa. „Und Ihr wißt nicht, daß der Ambros sich in...

nannte“. Ja, „Namens Freiheit“?). Wir würden das für einen Druckfehler halten, jedoch von ähnlichen „Fehlern“ und noch viel größeren wimmelt es in dem „Rüstzeug“.

Ja, das ganze „Rüstzeug“ besteht aus solchen Fehlern. Verabschieden wir uns von diesem Hans Schnock. Wir bedauern zwar das Seminar, an dem er thätig ist, danken ihm aber von Herzen, daß er den Kampf der Schule gegen die Sozialdemokratie so prachtvoll ad absurdum geführt hat.

Wir sind ihm nicht böse.

Politische Uebersicht.

Berlin, 16. April.

In seiner heutigen Sitzung beschäftigte der Reichstag sich mit der Kinderarbeit. Der einschlägige § 135 lautet in der Kommissionsfassung:

Kinder unter dreizehn Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Kinder über dreizehn Jahre dürfen in Fabriken nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

Die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten. Junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

Die Sozialdemokraten beantragen Ausdehnung des Jugendschutzes bis zum Alter von 18 Jahren.

Der sozialdemokratische Antrag wurde von Meister, Stolle und Grillenberger begründet und von den Fortschrittlichen Wöllmer, Max Hirsch sowie dem „wilden“ Ex-Volksparteiler von Münch unterstützt. Von den Nationalliberalen Tröltzsch (Groß-Industrieller) und Müller (dito), sowie den Regierungskommissaren Dr. Königs und Landmann (Lehrer für Bayern) zu Gunsten der Kommissionsfassung bekämpft. Meister legte in längeren Ausführungen die schweren Nachteile der Kinderarbeit dar, zeigte, wie die ganze Arbeitergeneration jetzt zu Grunde geht und wie der Staat, wenn er der Ausbeutung der Kinder-Arbeitskraft kein Ziel setzt, seine eigenen Grundlagen gefährdet.

*) Egalité heißt Gleichheit.

St. Martin von seinem Bruder mit der Stasi Parthei hat trauen lassen?“

Die Wirkung dieser Mittheilung auf die Hörer zeigte sich zunächst in deren Schweigen und ein Paar Sekunden lang vernahm man nichts als das Rischen der großen Säge in dem Werkraum und das Brausen, mit dem das Wasser auf das Triebrad fiel. Wesa hatte den Kopf tief auf ihre Nähterei gesenkt, um ihr Erblassen zu verbergen, und Jerg seine kleinen dunklen Augen durchdringend, fast durchbohrend auf Wesa gerichtet.

„Und das soll kein Unglück sein?“ seufzte Wesa. „Je nun, für den Klosterbauer mag es wohl eins sein,“ nahm der Alte jetzt das Wort. „Ob auch für den Ambros? Der hätte schlechter fahren können.“

„Freilich, freilich, selbiges hab' ich meinem Bruder auch gesagt,“ log Wesa und blickte dabei Jerg bedeutungsvoll an. „Aber Ihr wißt, die Stasi ist dem Klosterbauer viel zu gering und er ist darüber ganz aus dem Häuschen, auch gegen den armen Dames, der sie heimlich getraut hat. Fuchswild ist der Klosterbauer auf ihn. Verwünscht und verflucht hat er ihn vor meinen hörenden Ohren, daß mir die Knie vor Schreck gezittert haben, ihn und den Ambros auch. Ja auch den Ambros, obgleich er sein Herzblättchen ist.“

„Ira schrie laut auf und ließ ihre Arbeit fallen. „Na, na, es wird nichts so heiß gegessen, als es gekostet wird,“ beschwichtigte ihr Mann. Jerg, der mit einem nachdenklichen Gesichte dagestanden, wobei er sein spitzes Kinn mit der einen Hand...

Abfertigung, welche Grillenberger dem bayerischen Kommissar zu Theil werden ließ, veranlaßte eine besondere Diskussion, an der sich auch Weibel beteiligte. Einige Seitenhiebe, die auf „König Sturm“ fielen, entlockten diesem eine mehr grobe, als geistreiche „persönliche Bemerkung“.

Eine recht nützliche „Indistraction“ des Freiherrn von Münch, der auf die Autorität des „Kollegen“ Bayer hin von einem württembergischen Fabrikinspektor (von Diefenbach) sagte, derselbe sei deshalb entlassen worden, weil er seine Berichte zu sehr im Sinne der Arbeiter abgefaßt habe, gab schließlich noch zu einer recht unkollegialischen Auseinandersetzung Anlaß.

Bei der Abstimmung erhoben sich für den sozialdemokratischen Antrag außer den Sozialdemokraten nur die Fortschrittler und Volksparteiler, und wurde der Paragraph in der Kommissionsfassung mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der folgende Paragraph (186) lautet in der Kommissionsfassung:

Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter (§ 185) dürfen nicht vor 5 1/2 Uhr Morgens beginnen und nicht über 8 1/2 Uhr Abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Für jugendliche Arbeiter, welche nur sechs Stunden täglich beschäftigt werden, muß die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen jugendlichen Arbeitern muß mindestens Mittags eine einstündige, sowie Vormittags und Nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden.

Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung in dem Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Theile des Betriebes, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden, oder wenn der Aufenthalt im Freien nicht thunlich und andere geeignete Aufenthaltsräume ohne unvernünftige Schwierigkeiten nicht beschafft werden können.

An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Konfirmanden-, Beicht- und Kommunionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

Die Sozialdemokraten haben hierzu beantragt:

- Im Absatz 1 statt 5 1/2 zu setzen: „6“, statt 8 1/2 „7“.
- Im dem 8. Absatz hinter Festtagen einzuschalten „des Nachts“ und hinter „jugendliche Arbeiter“ einzuschalten „und junge Leute unter 18 Jahren“.
- Dem Absatz 3 folgenden Satz hinzuzufügen: „Insoweit jugendliche Arbeiter zum Besuch der Fortbildungsschulen, deren Unterricht in die Arbeitszeit fällt, verpflichtet sind, ist ihnen die hierfür nöthige Zeit zu gewähren.“

Ferner liegt ein Antrag des Fortschrittlers Uhlenborg vor, die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter nicht über 8 1/2 Uhr Abends dauern, und, mit Ausnahme der Arbeiter in Ziegeleien, nicht vor 5 1/2 Uhr Morgens beginnen zu lassen.

Nach einigen kurzen Bemerkungen Uhlenborgs, der seinen Antrag begründete und dabei von dem Konservativen Dartmann unterstützt ward, und nach einer längeren Begründung des sozialdemokratischen Antrages durch Wurm, wurde, unter Ablehnung der zwei genannten Anträge, der Paragraph in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Reichstag kam nun zur Frage des Normalarbeitstages, der von den Sozialdemokraten in Gestalt nachstehenden Paragraphen gefordert wird:

In Gewerbebetrieben, welche unter dies Gesetz fallen, darf die Arbeitszeit für alle über vierzehn Jahre alten Arbeiter vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an höchstens zehn Stunden betragen.

Vom 1. Januar 1894 an wird die höchst zulässige Arbeitszeit auf täglich neun, vom 1. Januar 1898 an auf acht Stunden herabgesetzt.

Bei Arbeiten unter Tag (in Bergwerken, Salinen etc.) oder in Betrieben, in denen ununterbrochen Tag- und Nacharbeit stattfindet, darf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten; bei Arbeiten unter Tag ist hierbei die Zeitdauer der Ein- und Ausfahrt in die Arbeitszeit einzurechnen.

Kürzere Arbeitszeiten sind der freien Verabredung beider vertragsschließenden Theile überlassen.

Trotz der weit vorgerückten Tageszeit — es ist 4 Uhr, und 5 Stunden Arbeit ist für den Reichstag schon mehr als ein Normalarbeitsstag — sprach Grillenberger

eine Stunde lang zur Begründung des sozialdemokratischen Antrags, und jesselte bis zu Ende die Aufmerksamkeit des Hauses. Einige Unterbrechungsversuche aus den Reihen der kapitalistischen Mehrheit wurden von dem Redner schnell und kräftig erstickt, der seine Rede unparteiisch unter die Gegner vertheilte. Betreffs der Ausführungen Grillenberger's verweisen wir auf den heutigen Reichstagsbericht.

Nach seiner Rede wurde die Debatte auf morgen 11 Uhr vertagt.

Im 19. hannoverschen Wahlkreise hat gestern die Wahl stattgefunden. Jedes Interesse tritt zurück, hinter dem, ob Bismarck gewählt würde oder nicht, und das Resultat ist niederschmetternd für den ehemaligen Reichstanzler. Nicht nur darin, daß die Majorität des Wahlkreises sich gegen Bismarck ausgesprochen hat, liegt das Bemerkenswerthe der Wahl, sondern vor allem auch darin, daß er nicht einmal so viele Stimmen auf sich vereinigen konnte, wie sein Vorgänger, der nationalliberale Gebhardt. Nach den bisher bekannten Resultaten aus 88 Orten des 95 Ortstaaten zählenden Wahlkreises hat Bismarck erst 6995 Stimmen erhalten, welche Zahl sich sicher nicht viel mehr über 7000 steigern wird, während am 20. Febr. v. J. Gebhardt 8088 Stimmen erhielt! Verblüht ist der Glanz des Namens Bismarck und Trauer wird herrschen in Friedrichstraße, Trauer und Enttäuschung, schrieb doch die „Damburger Nachrichten“ heute morgen nach Einlaufen der ersten Wahl-nachrichten: „Nationalliberalerlei (übrigens ein prächtiges Wort!) hofft man auf einen Sieg des Fürsten im ersten Wahlgange.“

Fürst Bismarck wird aber doch Reichstags-Abgeordneter werden! Freilich erst in einer Stichwahl und aus Gnade seiner geschworenen persönlichen Feinde, der Welfen und Freisinnigen. Als er zum letzten Male ein Reichstagsmandat erhielt, war es auch in einer Stichwahl und zwar durch Hilfe der Sozialdemokraten! Und dies Schicksal bereitet ihm das undankbare Volk, dem er als „der Größte aller Deutschen der Gegenwart“, als „Gründer alles Großen, dessen wir uns jetzt erheuen und worauf wir stolz sind“, von den nationalliberalen Agitatoren empfohlen wurde.

Nicht Bismarck sind die Nationalliberalen die blamirten. Im Jahre 1887 hatte ihr Kandidat 11 269, im Jahre 1890 8086 und jetzt kaum viel mehr über 7000 Stimmen; während sie früher oft in der ersten Wahl den Kreis eroberten, müssen sie jetzt angeblich unnatürliche Bündnisse eingehen, um ihn zu gewinnen. Wir sagen angeblich unnatürliche Bündnisse, denn in Wirklichkeit sehen die Freisinnigen und Welfen im Fürsten Bismarck einen viel richtigeren Vertreter ihrer Grundzüge als in unserem Kandidaten, und es ist recht so! Diese Stichwahl wird so recht deutlich beweisen, daß all' das Geschimpfe der bürgerlichen Parteien ein einander nicht Ernst zu nehmen ist, daß sie gegen uns eine geschlossene Partei, eine reaktionäre Masse sind; daran werden die von Berlin ausgehenden Befehle aus dem freisinnigen Hauptquartier nichts ändern. Wie 1887 und 1890, so werden auch jetzt alle freisinnigen Stimmen mit verschwindenden Ausnahmen unseren Gegnern zufallen.

Unter den am Schlusse unserer ersten Beilage abgedruckten Telegrammen dürfte sich wohl das Schlussresultat finden. Jetzt, wo wir dies niederschreiben, liegt folgendes Resultat vor:

Wahlergebnis aus allen bis auf 3 Wahlbezirken: Fürst Bismarck 6995, Bloß 2376, von Plate 2945, Schmalzfeld 3861 Stimmen. Die amtliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses findet am nächsten Sonntag statt. Eine Stichwahl bleibt erforderlich.

Zum besseren Verständniß erinnern wir daran, daß bei der letzten Wahl im Februar 1890 für den nationalliberalen Kandidaten abgegeben wurden im ersten Wahlgang 8086 Stimmen, für den freisinnigen Kandidaten Hänel 1798, für den Kandidaten der Deutschhannoveraner v. Plate 2392 und für den Sozialdemokraten 4888. Bei der Stichwahl siegte alldam der Nationalliberale mit 13 722 gegen 6255 Stimmen. Die Zahl der Wahlberechtigten im Kreise betrug im Februar 1890 29 494.

Die Freisinnigen haben demnach an Stimmen in dem alten Wahlkreise Vennigens zugenommen. Die Freisinnigen sollen aber den Mund nicht allzuweit nehmen, denn sie haben den Wahlkreis schon einmal vertreten und müssen

sich trotz ihrer ungeheuren Anstrengungen mit der dritten Stelle begnügen, sie haben nicht einmal ihre Stimmenzahl bei der Kartellwahl von 1887 (9798) erreicht, es fehlen ihnen dazu nicht weniger als 1429 Stimmen, demnach mehr als die Hälfte ihrer jetzigen Stimmen. Unsere Partei hat auch circa 900 Stimmen verloren, weniger freilich als Bismarck. Dies ist eben leicht erklärlich, da unsererseits bei aller Hervorhebung des prinzipiellen Standpunktes mit der Front gegen Bismarck agitirt wurde, und so auf Grund unserer Agitation viele für andere Gegenkandidaten des Reichstanzlers gestimmt haben. Wir kommen morgen noch ausführlich auf den merkwürdigen Wahlkampf und sein Ergebnis zurück.

Die weiteren Pressstimmen über das Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse besprechen wir Raummangels wegen erst in unserer morgigen Nummer.

„Die Religion ist Privatsache“ sagen die Sozialdemokraten, und werden deshalb von den Religionsstaats-Pächtern der verschiedenen Konkurrenz-Gesellschaften mit päpstlichem Fanatismus als Religionsfeinde weidlich ausgeschimpft. Für gewisse Kreise gilt freilich ein anderer Programmatz: „Die Religion ist Staatsache“. Wenn z. B. eine protestantische Prinzessin einen griechisch-katholischen Prinzen heirathet, so ist es Regel, daß sie ihre Religion der Staatsraison opfert und griechisch-katholisch wird, wie das eine preussische Prinzessin, die Kronprinzessin von Griechenland, jetzt zu thun im Begriff steht. Warum sind die Herren, die unseren Programmatz so heftig angreifen, hier mäusehenstill? Um Antwort wird gebeten.

„In Sachen Brentano contra Marx“ betitelt sich die neueste Schrift des Altmeisters Friedrich Engels, die soeben in Otto Weigner's Verlag in Hamburg erschienen ist. Die 75 Seiten starke Schrift widerlegt in glänzender, selbst den Gegner durch atemmäßige Nachweise überfahrender Darstellung, daß Brentano's Borwurf gegen Marx, daß er falsch zitiere, durchaus unhaltbar sei und sich als eine ebenso leichtfertige als hartnäckig aufrecht erhaltene Verleumdung erweist. Sobald der Raum unseres Blattes es gestattet, werden wir ausführlich auf die hochinteressante Schrift unseres jugendfrischen Veteranen zurückkommen.

Der österreichische Reichsrath hat heute seine erste geschäftliche Sitzung abgehalten und sein ältestes Mitglied, der merkwürdigerweise schon im Jahre 1848/49 dem österreichischen Reichstage präsidierte, den früher sehr radikalen, jetzt sehr gemäßigten Polen Smolka fast einstimmig zum Präsidenten gewählt. Der Abgeordnete Berner-Kofer hat die erste Sitzung benutzt, um einen Antrag betreffend die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen für die Gerichtsprangeln Wien, Korneuburg und Wienerneustadt einzubringen. Wir sind begierig, ob es diesem Musterparlamente gelingen wird, diesen Antrag durch 6 Jahre zu verschleppen. Weiter ist bemerkenswerth der Antrag des Abg. Bärreither betreffend ein Gesetz über die eingeschriebenen Hilfsklassen, das denselben sehr weitgehende Rechte einräumen soll. Beide Anträge lagen schon dem früheren Reichsrathe jahrelang vor, kamen aber nie zur Diskussion.

Ein akademischer Verein in Prag ist wegen einer Zustimmungskundgebung an die streikenden Arbeiter aufgelöst worden.

Das wäre ihm kaum passiert, wenn er für die Unternehmer und die Polizei eine Resolution gefaßt hätte.

„Küsten um die Wette oder den Krieg“, sei die Alternative, schreibt das hochhoffizöse Organ des Wiener auswärtigen Amtes, des „Pester Lloyd“, aus Anlaß der russischen Truppen-Verschleppungen an die österreichische Grenze und entscheidet sich dann für das Küsten um die Wette, als das billigere. Es scheinen daher in Oesterreich und als Folge wohl auch in Deutschland neue Forderungen für die Armee in Aussicht zu stehen, während das Volk überall den Frieden und die Abschaffung der stehenden Heere will.

Der schweizerische Nationalrath hat mit 98 gegen 33 Stimmen den neuen Artikel der Bundes-

umfaßt hielt, ging, ohne ein Wort zu verlieren, in den Nähraum zurück.

„Gott geb's,“ seufzte Befa. Aber mein Bruder ist wie der Ambros: was sich ihm nicht biegen will, zerbricht er. So müthig hab' ich ihn in meinem Leben noch nicht gesehen. Er hätte keine Söhne mehr, und ich sollte ihm stillschweigen, schrieb er. Und verübeln kann ich's ihm nicht. Wenn ich denke, was der Ambros ihm für eine angesehene Söhnerin hätte in's Haus führen können und wist sich so weg!“

„Oho, Jungfer Befa,“ versetzte der Müller unwillig, „was das Wegwerfen betrifft, da wollen wir halt nicht untersuchen, wer sich weggeworfen hat. Nichts für ungut, Jungfer Befa.“

Diese bewegte sich kampflustig auf ihrem Sitze. Fra hatte den Kopf in die Hand gestützt und regte sich nicht. Ein Blick auf sie, die ja auch ein armes Mädchen gewesen, führte es Befa zu Gemüth, daß sie besser thäte, zu schweigen. „Ja, ja, ja,“ seufzte sie und stand auf, um fortzugehen.

Nur der Müller dankte ihrem Gruß. Die junge Frau achtete ihrer nicht, noch regte sie sich.

Erstes Kapitel.

Stasi konnte es noch immer nicht recht fassen, daß sie wirklich Ambros' Frau war. Sie mochte sich den Ehren-tag, der ihr Mädchenleben beendete, wohl anders ausgemalt haben, als er sich wirklich gestaltet hatte, während sie dachte an ihrer Aussteuer gearbeitet. Denn mit dieser hatte es ja keine Eile gehabt, und voraussichtlich hätte noch viel Zeit verfließen müssen, bevor der Klosterbauer willfährig gestimmt war. Nun war sie plötzlich wie von einem Wirbelsturm vor den Altar gerissen worden; keine Brautkrone mit flatternden Bändern hatte ihr Haupt geschmückt, keine Brautjungfern ihr das Geleit gegeben, keine Wöllerschiffe dem heimathlichen Thale ihre Ehren verkündet. Und ihre ganze Umgebung war die alt gewohnte; in diesem Stübchen, zwischen diesen Schreibern, Tischen, Kästen hatte sich ihr ganzes bisheriges Leben abgespielt, nach der alten Manuher neben dem Ofen hatten schon ihre Amderaugen geschaut, um zu

sehen, ob es nicht bald Essenszeit wäre, oder der Vater nach Hause käme. Gewiß, sie träumte nur. Aber da legte Ambros seinen Arm um sie und zog sie an seine Brust. Sie war wirklich seine kleine Frau; sie gehörte ihm und er gehörte ihr für das ganze Leben. Aller Kummer, alle Angst, alle Herzenskämpfe ihres kurzen Brautstandes gingen in dem einen großen Blick auf, und es war für sie kein geringer Theil desselben, daß sie ihr liebes Heim nicht aufgeben und Ambros in neue Verhältnisse zu folgen brauchte, die sie anfangs sicherlich verwirrt und geängstigt haben würden und in denen sie ihren Ambros nicht so ganz hätte beifügen können, wie sie ihn hier ihr eigen nannte. Der Fluß ihres Lebens hatte keine Unterbrechung, keinen Sturz erfahren; nur voller und tiefer und immer tiefer glitt er dahin.

Die Novemberstürme brannten durch die Bergwälder und der Schnee deckte das Thal zu. Um so traulicher wurde es in dem Häuschen unterhalb des Lärchenwaldes. Stasi schaltete und waltete in gewohnter Weise fort, allein der Mittelpunkt ihrer ganzen Thätigkeit war „ih Mann“. Nur für ihn sorgte sie; es ihm bequem und behaglich zu machen, ihm an den Augen abzusehen, wie und was er geru hätte, nur daran dachte sie. Ambros freilich griff vielfach während in die Ordnung ein, indem er seine eigene Beschäftigung unterbrach, um nachzusehen, was seine Frau thäte, mit ihr zu scherzen und zu tohlen. Selbst am Kochherde war sie vor seinen Ueberfällen nicht sicher und manches Gericht Plenten-Stupfer) verdarb durch seine Schuld.

Ihr rother Mund dünkte ihn süßer und würziger als sein Leidgericht. Sie trieben es wie die Kinder, und ihre glücklichen Gesichter, ihr das ganze Haus erfüllendes Scherzen und Lachen erquickten das alte Herz Davids wie Sonnenschein im Mai. Wie nett war es, wenn Ambros aus Stall und Scheune in die warme Wohnstube kam und sich seinem hübschen Weibchen gegenüber an den Tisch setzte. Am hübschesten aber waren die langen Abende. Obgleich die Sonne jetzt schon bald nach drei Uhr hinter dem Waldrüden,

Plenten-Stupfer sind rasch in Schmalz gebadene Möse von Buchweizen.

der das Gaderthal barg, verschwand, für Ambros und Stasi waren die Abende nicht zu lang. Dann saßen sie an dem Ofen, in welchen noch einmal Holz nachgelegt war, Ambros mit der Pfeife im Munde und Stasi mit ihrem Spinnrade, plauderten und flüsterten, liebkosten und neckten sich. Das Feuer prasselte und knallte dazu, das Spinnrad schurrte, die Wanduhr tickte, und David murmelte seinen Rosenkranz oder schnarchte. Zuweilen las er auch mit monotoner Stimme aus einem Buche vor, das er von dem Schullehrer entliehen hatte, oder Ambros sang lustige Ge-stanzeln und Liebeslieder.

Am ersten Sonntage nach der Hochzeit erhielt das glückliche Paar den Besuch von Lisei und Wolf. Lisei machte ein sehr ernstes Gesicht; sie wußte durch ihren Bräutigam, dem Ambros die Besorgung des verhängnißvollen Briefes anvertraut hatte, was in St. Martin geschehen war. Wie konnte sie dem jungen Paare Glück wünschen, da sie Zeugin der Wuth gewesen, in die der Vater durch die Nachricht von dessen Verheirathung versetzt worden war? Sie zürnte dem Bruder und mehr noch Stasi, daß sie in ihrem Leichtsin die Schiffe hinter sich verbrannt hatten. An dieser Thatsache war freilich nichts mehr zu ändern, aber Lisei liebte ihren Bruder zu sehr und war zu ehrlich, um dem Paare eine heitere Miene zu zeigen. Sie mußte ihm seinen Leichtsin vorhalten. Stasi fühlte, daß sie vor ihrem Richter stand; sie war roth und verlegen und wagte nicht, Lisei anzusehen. Ambros aber sprang der Schwester jubelnd entgegen, umfaßte sie und tanzte mit der sich Sträubenden in der Stube umher. Als sie endlich dazu kam, von dem suchtbaren Joru des Vaters zu erzählen, meinte Ambros mit großer Gemüthsruhe, daß er von dem Briefe auch keine andere Wirkung erwartet hätte; es wäre gut; um so schneller würde der Vater sich astoben und wieder schön Weiter werden. Sorglos fragte er, was dem Vater auch anderes übrig bliebe, als sich mit seiner Verheirathung anzuföhnen? Er hätte doch nur den einen Ambros zum Sohne und Erben. Seine Zuversicht beschwichtigte auch Lisei, und sie ging hin und küßte Stasi, die sich noch immer beklommen zurückhielt.

(Fortsetzung folgt.)

verfassung angenommen, welcher bestimmt, daß dem Bunde das Banknotenmonopol zustehe. Der Bund wird das Recht zur Ausgabe von Banknoten einer Bank übertragen, über deren Organisation (ob Staatsbank oder Privatbank auf Aktien) das Gesetz das Nähere bestimmen wird. Eine Rechtsverbindlichkeit zur Annahme von Banknoten kann nur in Notlagen und bei Kriegszeiten ausgesprochen werden.

Es gilt als sicher, daß die französische Regierung noch vor dem August aus der Kammer herausaufgefordert werden wird, eine Vorlage betreffend Abschaffung der Getreidezölle einzubringen, und zwar zu derselben Zeit, wo der Deutsche Reichstag sich mit der Frage des Getreidezölles zu beschäftigen haben wird. Vorstehende Meldung des Telegraphenbureaus „Herold“ dürfte kaum ganz den Tatsachen entsprechen, denn die Frage der Abschaffung der Getreidezölle wird den Deutschen Reichstag in dieser Sitzungsepoke kaum mehr beschäftigen, weil erst bei der für Ende des Jahres zu gewärtigenden Vorlage der Handelsverträge wird diese Frage neuerdings zur Diskussion gestellt werden.

Ueber den Stand der belgischen Verfassungsfrage liegt folgende telegraphische Meldung vom 15. d. M. aus Brüssel vor:

Die Zentralkommission der Kammer trat heute Nachmittag abermals zur Prüfung der Frage der Revision des Wahlrechts zusammen und beschäftigte sich mit den in einer Versammlung der Rechten beschlossenen Resolutionen betreffend das Erfordernis einer gewissen Kapazität zur Ausübung des Wahlrechts. Danach lehnt die Rechte das Kapazitätswahlrecht ab, ausgenommen für solche Personen, die Universitätsdiplome besitzen. Indessen erklärten sich mehrere Mitglieder der Rechten bereit, für ein beschränktes Kapazitätswahlrecht zu stimmen, wenn man nachzuweisen vermöge, daß dadurch die Zahl derjenigen Wähler vermehrt werde, die auf Grund des Besitzes einer eigenen Wohnung und des auf 10 Frank herabgesetzten Zensus das Wahlrecht erhalten, und wenn ferner die Höhe dieses Zugewinns für wichtig und zur Herbeiführung einer Verständigung geeignet erachte. Janson trat der von Frères-Orban beantragten sofortigen Abstimmung entgegen und verlangte die Fortsetzung der Debatte, da er überzeugt sei, daß dieselbe zu einem zustimmenden Votum führen werde. Die Zentralkommission vertagte sich bis Freitag, um von einem Protokoll Kenntnis zu nehmen, welches konstatiert, daß die Mitglieder der Zentralkommission in Betreff des Alters von 25 Jahren, der Herabsetzung des Zensus auf 10 Frs., und des Besitzes einer eigenen Wohnung sich mit einander in Uebereinstimmung befinden.

Das Resultat der langen Verhandlungen scheint zu sein, daß alle Bevölkerungsklassen das Wahlrecht erhalten, mit Ausnahme derjenigen, aus welcher unsere Partei sich rekrutiert. Daß dies zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther dienen wird, glaubt wohl kein vernünftiger Mensch in und außerhalb Belgiens.

Ueber die Sonntagruhe in Dänemark bestimmt ein vom dänischen Reichstage jüngst beschlossener Gesetz im Wesentlichen folgendes:

Die Ladengeschäfte sind an Sonn- und Festtagen von 9 Uhr Vormittags den ganzen Tag zu schließen, ausgenommen am Sonntag vor Weihnachten und am Sonntag zwischen Weihnachten und Neujahr, an welchen beiden Sonntagen sie von 4 Uhr Nachmittags ab geöffnet sein können. Barbier- und Friseurlokale sind an Sonn- und Festtagen von 12 Uhr Mittags ab zu schließen, außer an genannten beiden Sonntagen. In Wirtschaftslökalen darf nur Essen, in Konditorien dürfen dagegen Torten und dergleichen an Sonn- und Festtagen verkauft werden. In Fabriken und Werkstätten hat alle Arbeit von 9 Uhr Vormittags bis 12 Uhr Nachts zu ruhen. Von dieser Bestimmung kann der Minister des Innern jedoch Ausnahmen zulassen, falls die Verhältnisse solches erfordern. Unter allen Umständen ist den Arbeitern wenigstens jeden zweiten Sonntag Ruhe zu sichern.

Seit einigen Jahren besteht in den Vereinigten Staaten eine Zentral-Staatsbehörde, welche vom Kongreß die Vollmacht erhalten hat, den Eisenbahnpompagnen gegenüber, in Bezug auf Frachttarif etc. die Interessen des Publikums und des Staatswesens zu wahren. Leider ist aber die „große“ amerikanische Republik ein Klassenstaat, ebenso gut wie die Monarchien Europas; und das Großkapital ist stärker als die Regierung. Die Eisenbahngesellschaften, die zusammen ein Kapital von 9600 Millionen Dollars (gegen 89 Milliarden Mark!) repräsentieren, leisten der amerikanischen Zentral-Regierung ebenso hartnäckigen Widerstand, wie die rheinisch-vestfälischen Kohlen- und Eisenbarone der deutschen Regierung — und ebenso erfolgreich.

Der Vorsitzende jener Behörde (der Zwischenstaats-Handelskommission), Mr. Cooley, mußte neulich öffentlich eingestehen, daß die Regierung den widerspänstigen Eisenbahnpompagnen gegenüber ohnmächtig sei.

Und das ist sie — bis zu dem Augenblick, wo das amerikanische Volk, statt Vertreter des Großkapitals zu wählen, — Vertreter der Interessen des Volkes und des Gemeinwesens in den Kongreß schickt, welche mit den Eisenbahnpompagnen kurzen Prozeß machen, indem sie die Eisenbahnen in den Besitz des Staates übergeben lassen. Vorher wird's nicht besser. Und das Gleiche gilt von den übrigen Zweigen des kapitalistischen Betriebs, der auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und politischen Lebens die Volkinteressen bedroht, und zu einer immer größeren Gefahr für die gesunde Entwicklung der Völker wird.

Aus New-York wird gemeldet, daß täglich viele Auswanderer nach Europa zurückgeschickt werden; die Regierung handhabt das neue Einwanderungsgesetz aufs Strengste. 500 europäische Einwanderer landeten in Halifax, um mit Benutzung der Eisenbahn in die Vereinigten Staaten einzutreten, wodurch sie sich der gesetzlich vorgeschriebenen näheren Prüfung ihrer Verhältnisse entzogen.

Die Bewegung der Bellamyten oder „Nationalisten“, wie sie sich sehr bezeichnender Weise nennen, hat in den Vereinigten Staaten den kritischen Punkt erreicht. Dem reichend schnellen Wachstum der letzten zwei Jahre — im Herbst 1888 erschien „Looking Backward“ — geht eine Zeit des Stillstands, wo nicht des Rückgangs gefolgt. Wie wir aus Amerika erfahren, hat das Zentralorgan der Bellamyten: „Der Nationalist“, Anfangs April sein Erscheinen eingestellt. In der Schlussnummer sagt der Redakteur, Mr. Stamburno Koffe, ein „wissenschaftliches“

Dicht der „neuen Partei“ in einem Artikel: „Nationalismus und Politik“:

„Unsere Bewegung ist nicht die des Proletariats, sondern für das Proletariat. Die sozialistische und die Arbeiter-Bewegung ist eine proletarische; und an der fast unsichtbaren Grenzlinie werden so viele schwankend und in die unrechte Richtung getrieben. Warum das? Weil der Proletarier niemals die Sache recht machen kann. Weil das Volk jeden Versuch des Proletariats als das betrachtet — was es leider nur zu oft ist: ein Bemühen, die Gesellschaft eine Stufe hinabzusehen. Nationalismus aber ist das Tagesgespräch; sein Ziel, die Gesellschaft auf immer höhere Stufe zu erheben etc. etc.“

In diesen Ausführungen wird der Grundfehler des „Nationalismus“ klar zu Tage gelegt: Der Dilettantismus der Bewegung, die sich dagegen sträubt, auf den Boden des Klassenkampfes zu treten und die Arbeiter von oben herab, durch wohlmeinende, philanthropische Mitglieder der herrschenden Klasse glücklich machen will, ohne daß die Arbeiter selbst handelnd auf die Bühne treten. An sich ist dies ebenso verkehrt, wie der deutsche Sozialismus, der ebenfalls von oben herab beglücken will. Da aber ein kräftiger sozialistischer Kern, wenn auch zum großen Teil den Mitgliedern unbewußt, in dieser Bewegung steckt, und da dieselbe einen entschieden demokratischen Charakter hat, so ist zu erwarten, daß die tüchtigen Elemente mehr und mehr sich zu Sozialisten entwickeln werden. Geschieht dies nicht, so hätten wir es nur mit einer jener scheinsozialistischen Bewegungen zu thun, wie sie in Amerika schon öfter vorgekommen sind — die meteorologisch aufsteigen, im Sturm Hunderttausende von Anhängern gewinnen und dann, auch meteorologisch, wieder verfliegen. Freilich, jede dieser scheinsozialistischen Bewegungen hat für den Sozialismus Humusboden geliefert und der Nationalismus wird in jedem Fall viel liefern.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Wie in Hamburg ist auch in Lübeck die polizeiliche Erlaubnis zur Veranstaltung eines Massenmarches am Sonntag, den 3. Mai, als Demonstration für den Achtstundentag erteilt worden.

Elberfeld, 13. April. In die Zeit der Einleitung des Eifel-Humm-Geheimbund-Prozesses im Frühjahr 1888 wurden wir — so schreibt die „Fr. Pr.“ — erinnert angeführt der vielen an und gelangten Zuschriften, die alle von Hausdurchsuchungen berichten. Es war in der That ein allgemeines Respektreiben, und was suchte man? Nun, „Die Religion des Kapitals“. In der Expedition dieses Blattes erfolgte zunächst Hausdurchsuchung und zwar ohne Erfolg. Anderwärts erging es ähnlich. Das Ganze wurde auf Befehl der Elberfelder Staatsanwaltschaft (diese handelte auf Befehl von Berlin) insofern. In Wald wurde bei den Genossen Fromm und Rosen keine derartige Religion gefunden, ebenso nicht in Remscheid in den Geschäftsräumen der Filialexpedition der „Freien Presse“ des Herrn H. Grimpe. Die Durchsuchung dauerte 1 1/2 Stunden. Beim Genossen Herboven in Haan untersuchte man im Keller sogar die Grundmauern nach dieser letzteren Schrift. In Langenberg konnten der Bürgermeister und zwei Behermsleute trotz eifrigsten Suchens bei den Genossen Martin und Oberath nichts von einer Religion des Kapitals entdecken. Beim Genossen Höpffen in Rünningen bei Grafstrath besorgten ebenfalls der Bürgermeister und zwei Behermsleute die Sonntagdarstellung und zwar Vormittags. Höpffen war aber nicht anwesend. Es wurde deshalb als Zeuge der Nachbar Fr. Martin herbeigezogen und nun konnte es losgehen. Die Arbeit war gründlich. Auch nach dem Zimmerschmuck hielten die Durchsuchenden Umschau. Die Frau des Genossen hängt noch an Erbblüthen und so sieht man denn nebeneinander die Hochzeit zu Ranaa und das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der Herr Bürgermeister, der viel auf Symmetrie hält, meinte, die beiden Bilder paßten nicht zusammen, worauf die Frau erwiderte: In der Welt passe vieles nicht zusammen, Alles Suchen war erfolglos, da war aber noch ein Schreibpult und zwei verschlossene, da verbarg sich jedenfalls die gesuchte Kapitalreligion. Doch zwei Schloffer, darunter der genannte Zeuge, vermochten es nicht zu öffnen und gegen das gewaltsame Öffnen protestierte die Frau. Das Pult wurde verriegelt und die Fortsetzung der Suche auf Nachmittags anberaumt. Genosse H. war auch nicht im Stunde, das Pult zu öffnen, es zeigte sich venitent, weshalb er es auf Staatskosten öffnen ließ. Leider fand sich das Gesuchte nicht vor. Auch in Ohligs beim Genossen Nordmacher war die Durchsuchung resultatlos.

Althaldensleben. Am Sonntag, den 12. April, Nachmittags 4 Uhr, fand hier eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Paus über die Frage: „Nur es immer Reiche und Arme geben?“ referierte. Mit großer Aufmerksamkeit hörte die Versammlung den Vortrag an, in welchem Paus vornehmlich den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen und Eigentumsverhältnissen und der sich daraus entwickelnden moralischen Verfassung der Gesellschaft nachwies. Die Stimmung der Versammlung in einem Orte, in welchem vor 3—4 Monaten kaum von Sozialdemokraten die Rede sein konnte, war eine derartige, wie sie ein aus der Großstadt kommender Genosse nicht erwarten möchte. Gegner, obwohl deren anwesend waren, meldeten sich nicht zum Wort. Nach einer anregenden Diskussion unter den Genossen gab dann Paus noch im Schlusswort der vorzüglichen Stimmung der Versammlung Ausdruck und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die den Gegenfah zwischen Reich und Arm, Unterdrückten und Unterdrückten aufhebende Sozialdemokratie aus. Es ward dann noch Genosse Dalghausen, welcher am 9. April einfach auf Vorstandsbeschluss hin im Widerspruch mit den Statuten aus der Liste des Bundesvereins zu Althaldensleben gestrichen worden, zum Vertrauensmann gewählt. Unter Lösungen der Arbeiter-Masselliste eroberte die imposante Versammlung.

Arbeiterbewegung.

Mannheim, 14. April. Sämtliche Formex der Osenfabrik von Esch u. Co. haben heute Vormittag wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt.

Mein, 13. April. Die Brauburschen der Rheinischen Aktienbrauerei, 41 an der Zahl, haben heute die Arbeit niedergelegt. Diese Leute arbeiten von Morgens 4 Uhr bis Abends 7 Uhr, an Sonn- und Feiertagen ebenfalls von 4 Uhr ab, sechs Stunden lang, bei einer Bezahlung von 75 M. pro Monat, von welchem Verdienst, mit Ausnahme der Wohnung, alle Bedürfnisse bestritten werden müssen. Bislang war es Verpflogtheit der Brauereidirektion, auch an Sonn- und Feiertagen die Arbeit weit über sechs Stunden auszuwehnen, doch wurde den Leuten eine entsprechende Vergütung für die Mehrarbeit gewährt. Ein im verflohenen Herbst neu eingetretener Brauereimeister wollte nun die Sonntagarbeit gänzlich beseitigen und stellte zu diesem Behufe mehr Personal ein. Allmählich jedoch wurde dasselbe wieder reduziert, die Arbeitszeit dehnte sich in gleichem Maße

wieder aus und jetzt herrschen wieder die alten Zustände, nur daß von Extravergrütung für die Mehrarbeit nicht gemahnt wird. Die Brauburschen verlangen jetzt eine Vergütung von 50 Pf. pro Stunde der Mehrarbeit, wogegen die Direktion einen Extralohn von 2 M. an Sonntagen, unabhängig von der Dauer der Arbeitszeit, anbietet. Letzteres lehnen die Brauer mit Recht ab, da sie fürchten, daß in diesem Falle die Arbeitszeit bis spät in die Nacht ausgedehnt wird und sie auf diese Weise um jede Ruhepause kommen würden. Bei dieser Gelegenheit wurden auch andere Beschwerden zur Sprache gebracht, so daß es den Brauereidirektion verboten ist, ihren Naturalbezug von 7 Litern Bier pro Tag außerhalb der Brauerei zu trinken und daß, um dieses Verbot wirksam zu machen, eine genaue Visitation aller das Etablissement verlassenden Personen statifindet.

Brüssel, 15. April. Die „Chronique“ meldet, heute habe sich ein Syndikat der Kohlengruben-Besitzer zum Zwecke der Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeiter gebildet.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Bau-Arbeiter! Am Sonnabend, den 11. d. M., wurden auf dem Neubau Lüneburgerstr. 20 von dem Polier Schubert und dem Unternehmer Streckenbach eine Kolonne von 14 Mann genötigt, nur weil sie sich über einen lebensgefährlichen Gang auf der Mauer besorgt hatten und darum wurden 14 Familienväter entlassen. Wo bleibt der Arbeiterschutz?

Verfammlungen.

Der Verein Freie Volksbühne veranstaltet am nächsten Sonntag, den 19. April, die erste Vorstellung für die dritte Abteilung. Zur Aufführung gelangt das bereits von den beiden ersten Abteilungen glänzend aufgenommene soziale Schauspiel Ludwigs Schulda's „Das verlorene Paradies“. Anmeldungen zur dritten Abteilung werden noch bis zum Sonnabend bei den auf den Säulenanschlägen bekannt gegebenen Zahlstellen entgegengenommen.

Der Verein der Klempner Berlins und Umgegend hielt am 11. d. M. eine Versammlung ab. Herr Henning hielt einen Vortrag über: Das römische Reich und unsere Zeit. Referent erntete lebhaften Beifall. Es wurde folgende Resolution angenommen: Im Einverständnis mit dem Referenten ist die Versammlung des Vereins der Klempner von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Kultur des Menschengeschlechts unaufhörlich vorwärts schreitet und daß Freiheit, Gleichheit und Wahrheit bereinigt zur Weltlichkeit wird, wie es die fortgeschrittene Partei des 19. Jahrhunderts für die gesamte Menschheit erkämpft.

Bei Punkt 3 der Tagesordnung wurde der Ankauf der Vertrauensleute der Metallarbeiter scharf kritisiert. Im Allgemeinen war man der Ansicht, daß mit der Verlegung der Mitgliedschaft bei einer Organisation, ein Arbeiterverein unmöglich ist.

Es wurde nachstehende Resolution angenommen: Die Versammlung erkennt die Gründe, welche die Vertrauensleute in dem Anruf an die Metallarbeiter anführen, an, hält es jedoch für die Pflicht jedes Sozialdemokraten, jede Heuchelei zu vermeiden, selbst dann, wenn dadurch das Koalitionsrecht zu Grunde gerichtet würde.

Bei „Verschiedenem“ wurde ein Antrag angenommen, auf dem Arbeitsnachweis ein Schild anzubringen, auf welchem stehen soll: Jeder zielbewußte Arbeiter hält es für seine Ehrenpflicht, seine Arbeitskraft dem Arbeitgeber nicht anzupreisen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, pünktlicher die Vereinssteuer zu zahlen. Sonntag Nachmittags findet in Oranienburg's Bierhallen eine Versammlung mit Frauen statt. Nachdem gefelliges Beisammensein.

Eine vom Leseklub Karl Marx einberufene und von ca. 1000 Personen besuchte öffentliche Versammlung für Männer und Frauen tagte am Sonntag Abend im großen Saale der Berliner Bedrucker. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Geburtstages Lassalle's und forderte die Versammlung schließlich auf, in ein Hoch einzustimmen auf die Ideen und Ziele, für welche Lassalle sein ganzes Leben eingeseht hat. In dieses Hoch stimmte die Versammlung begeistert ein. Sodann sprach Herr Silberberg über die heutige Kindererziehung und schilderte in ausführlicher Weise, wie von einer Erziehung der Kinder armer Eltern infolge der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gar keine Rede sein könne, da auch vielfach die Mutter gezwungen ist, zur Erhaltung der Familie mit beizutragen und in die Fabrik zu gehen, während die Kinder auf sich allein angewiesen seien, oder im günstigsten Falle sogenannten guten Freundinnen in Verwahrung gegeben würden. Anders dagegen verhält es sich mit den Familien der bessenden Klassen, die die Ehe als eine Versorgungsanstalt betrachten. Nachdem Redner sich noch über die Ursachen der Prostitution verbreitet hatte, und dabei die Statistik eines Herrn Lehr über die Prostitution einer scharfen Kritik unterzog, kam er zu dem Resultat, daß alle diese Zustände nur die Sozialdemokratie abzuschaffen im Stande ist. An der Diskussion beteiligte sich nur Herr Lehrer Henning, welcher ganz im Sinne des Referenten sprach und besonders das heutige Schulwesen kritisierte; darauf gedachte er der Arbeiter-Bildungsschule, die berufen ist, wirkliche und wahre Bildung unter den Arbeitern zu verbreiten, und forderte schließlich die Versammlung auf, diesem Institut, welches nur von Arbeitern gegründet sei, zu seinem heutigen Geburtstag ein kräftiges Hoch auszubringen, auf daß es blühe und gedreibe und jene Nacht werde, welche wahres Wissen verschafft. Auch hierin stimmte die Versammlung begeistert ein. Sodann machte der Vorsitzende bekannt, daß die Versammlung des Leseklubs „Karl Marx“ nächsten Sonntag wegen der Gedächtnisfeier für Max Kaiser, welche der Leseklub „Max Kaiser“ veranstaltet, ausfällt. — Hieran schloß sich das gefellige Beisammensein mit Tanz, welches die Teilnehmer noch lange gemüthlich beisammenhielt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfabriker hielt seine ordentliche Generalversammlung am Montag, den 13. April, ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung sprach Herr Dr. Lütgenau über: „Die Ziele der Sozialdemokratie“. Der sehr lehrreiche Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In eine Diskussion wurde nicht eingetreten. Zum 2. Punkt, „Vierteljährlicher Kostenbericht“, verlas der Kassirer die Ein- und Ausgaben. Bestand vom vergangenen Jahre waren 277 M. 45 Pf. Die Einnahme betrug 102 M. 80 Pf. Die Ausgabe 228 M. 50 Pf. Es bleibt ein Kasfenbestand von 211 M. 25 Pf. Da die Revisionen alles für richtig befunden hatten, wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Zum 3. Punkt, „Wahl der Rechtschutz-Kommission“, wurden die Kollegen Lohn, Schneider, Meß, Spies und Tinnus gewählt. Unter Verschiedenem kamen zwei Maßregelungen zur Sprache, doch wurde die Regelung der Angelegenheit nach längerer Debatte dem Vorstand überlassen. Nachdem der Vorsitzende noch die Mitglieder in Anregung gebracht hatte, schloß er die gut besuchte Versammlung.

Berichtigung. In unserem gestrigen Bericht über die Ver-golderverammlung ist infolge eines Druckfehlers eine Entstellung eingetreten. Es soll nicht, wie da steht, heißen, daß noch 10 Personen, nicht verheiratete, noch zu unterziehen seien, sondern es soll im Gegentheil heißen: meist verheiratete, welcher Umstand eben die Anforderung dringlich erscheinen ließ, die Kollegen möchten kräftigt für die Unterstüßung dieser Sorge tragen.

Theater.

Freitag, den 17. April.
Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Festung-Theater. Ultimo.
Berliner Theater. Verschollen. — Es hat so sollen sein. — Die Liebesprobe.
Deutsches Theater. Die Kinder der Erzellen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Saint Cyr.
Wallner-Theater. Des Teufels Weib.
Residenz-Theater. Der selige Loupinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sallealliance-Theater. Savant, Minard u. Co. Vorher: Die Odaliste.
Offend-Theater. Ariel Acosta.
Thomas-Theater. Der Soldatenfreund.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Saufmann's Varietè. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Varietè. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Bahnhöfen
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen Kommandantenstr. 77-79.

Täglich:
Grosses Concert
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor S. Sanftleben unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor Travieki aus Rom.
 Empfehle zugleich meinen Frühstück- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sodtke.

Castan's Panopticum. Jetzt: Friedrichstr. 165.

Neu:
Azteken.
 Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium.
 Gedn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum. Unter d. Linden 22/23. 11-1 u. 5-9 U.

Knabe mit 2 Köpfen. Esau-Lady.
 Im Spezialitäten-Theater von 6-10 Uhr:
 Neu! Minnie Casp. 10jährige Soubrette.
 Gebr. Jords, Instrumentalisten.
 Egr. Kappo, Jongleur. Ilka Scherz. Laura Zimmermann. Sigmund Stein.
 Mr. Brighton.

Welt-Restaurant. 97. Dresdenerstraße 97.

Tägliches Auftreten der Norddeutschen Sängers (7 Personen), sowie der Duettisten Geschw. Waldmann.

Rheinländischer Tunnel, gen.: Die Adèle Jagelhilfe Berlin N., Elsasserstrasse 73, gegenüber der Bergstraße.

Ausgang von vort. Lagerbier à Seidel 10 Pfg. bei guter musikalischer Unterhaltung u. aufmerkamer Bedienung. Unerwartliche Kneiperie.
H. Schulze (mit u. h.).
 Bestellungen auf Musik für jedes Vorkommnis werden im Lokal entgegen genommen. 565L

Wirthshaus zur Berliner Schweiz Bernauerstr. 103.

Weiss u. Bairisch-Bierlokal empfehle allen Freunden und Genossen 254b
C. Jungnik.
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt. Artilleriestr. 27. 8-10, 6-7, Sonntag 8-10

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutir-Klub „Max Kayser“.

Sonntag, den 19. April, Abends 6 Uhr, im großen Saale der „Berl. Bockbrauerei“ am Tempelhofer Berg:

Gedächtnis-Feier

für den verstorbenen Reichstags-Abgeordneten **Max Kayser** unter gütiger Mitwirkung des Gesang-Vereins „Zufriedenheit“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).

Festrede, gesprochen von einem seiner früheren Reichstags-Kollegen.

Großes Konzert,

unter Leitung des Musikdirektors Herrn Rob. Thiele. Der Reinertrag ist für die ausgesperrten deutschen Arbeiter bestimmt. Eintrittskarten à 80 Pfg. sind zu haben bei H. Schimansky, Krenzstr. 25, Hof part.; Max Koch, Krenzstr. 10; Zimmer, Bergmannstr. 30; E. Wilschke, Krenzstr. 1 (Ecke Dorfstr.); Albert Auerbach, Kottbusser Damm 7; Otto Klein, Kottbusser Damm 14. Es werden alle Genossen um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.
 J. A.: H. Schimansky.

Heute, Freitag, den 17. April 1891, Abends 9 Uhr: Große öffentliche Versammlung sämtlicher Droschkenführer (Fuhrherren und Kutscher)

im „Eren-Palast“, St. Wolfgangstraße (neben der Börse). Tages-Ordnung:
 1. Die vielen Bekräftigungen und Jahrschein-Entziehungen im Droschken-gewerbe und was ist dagegen zu thun? Referent Herr Reichstagsabgeordneter Schwarz. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Kommission. — Kollegen! Im Interesse der Sache ist es eure Pflicht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 143/8 Der Einberufer.

Achtung! Gummi-Arbeiter und Berufsgenossen.

Unser diesjähriges Vergnügen findet morgen, Sonnabend, den 18. April, im Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbusserstr. 4a, statt. **Konzert, Theater, Ball und komische Vorträge.**
 Zur Aufführung gelangt zum letzten Male das Volksstück: „Ein ge-lörtes Familienglück“, aus der Zeit des Sozialistengesetzes.
 255b Das Komitee.

Buchbinder-Männerchor Berlin (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).

Sonnabend, den 18. April:
II. Stiftungs-Fest
 in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75, bestehend in **Konzert, Vorträgen und Ball.**
 Eintritt 30 Pf. Anfang präzis 9 Uhr.
 Genossen und Sangesbrüder sind freundlichst eingeladen.
 256b Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung der Bau-Arbeiter Berlins

am Sonntag, den 19. April, Vorm. 10 1/2 Uhr, in Joël's Salon (früher Keller), Andreasstraße Nr. 21. Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Delegirten von dem vom 6. bis 10. April in Halle a. S. stattgefundenen Kongress der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegirten von der Berliner Bau-Arbeiterkonferenz. 4. Verschiedenes. 126/3
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Um recht zahlreiches Erscheinen sämtlicher Bau-Arbeiter ersucht
 Der Einberufer.

Fachv. d. Marmor- u. Granitarbeiter.

Sonntag, den 19. April, Vorm. 10 1/2 Uhr, in „Deigmüller's Salon“, Alte Jakob-Strasse Nr. 48a:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 230/4
 1. Vierteljahres-Abrechnung. 2. Abrechnung vom Reservefonds. 3. Bericht der Delegirten der Streit-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

am Sonntag, den 19. April, Abends 6 Uhr, bei **Knebel, Bad-Strasse No. 58.**
 Tages-Ordnung: Die verdamnte Weiblichkeitslosigkeit. Referent Genosse Pöns. Nachdem gemüthliches Beisammensein und Tanz.
 355/5 Der Einberufer: Paul Heitmann.

Central-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler u. s. w. (Ortsverwaltung Berlin).

Haupt-Mitglieder-Versammlung
 am Sonnabend, den 18. April, Abends 8 1/2 Uhr, in „Reyer's Salon“, Alte Jakob-Strasse No. 83. Tages-Ordnung:
 1. Rassenbericht pro 1. Quartal. 2. Besprechung über unsere Stellung zur Hilfskassen-Kommission. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimirt. Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
 299/1 Der Vorstand.
 NB.: Zugleich machen wir auf das am 6. Juni im Eiseller stattfindende Sommerfest der Kasse aufmerksam.

Fachverein d. Tischler.

Freitag, den 17. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Joël's (früher Keller) **grossem Saal**, Andreasstr. 21:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die Gewerbeberichte nach dem am 1. April in Kraft getretenen Gewerbebericht-Gesetz. Referent Reichstagsabgeordneter Dreesbach (Mannheim). 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist erforderlich. — Gäste haben Zutritt.
 813/39 Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse aller Arbeiter Deutschlands (Zuschusskasse).

Mitglieder-Versammlung
 der 5. Wahlabtheilung Berlin und Sichtenberg am Sonntag, den 19. April, Vormittags 10 Uhr, in „Orachel's Salon“, Sebastianstrasse 39. Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung des Delegirten über die Beschlüsse der General-versammlung. 2. Verschiedene Rassenangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimirt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.
 112/3 Die Ortsverwaltungen. J. A.: G. Ritter.

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Versammlung
 am Freitag, den 17. April, Abds. 8 1/2 Uhr, im Seefeld'schen Saale, Grenadierstr. 33. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn W. Wach über „Sozialismus“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet
 188/10 Der Vorstand.

Ordentl. Mitglieder-Versammlung der Central-Krankenkasse der

Maurer, Steinbauer, Studateure u. („Grundstein zur Einigkeit“)
 am Sonntag, den 19. April, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Scheffer, Inselstrasse 10. Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1891 und Bericht der Revisoren. 2. Wahl der Delegirten zu der am 4. und 5. Mai hier in Berlin stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung. 3. Entgegennahme etwaiger Beschwerden gegenüber der örtlichen Verwaltung. 4. Verschiedenes in Rassen-angelegenheiten.
 Die örtliche Verwaltung.

Wahlverein für den I. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Heute, Freitag, den 17. April, Abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 in Röllig's Lokal, Neue Friedrichstraße 44. NB. Die Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß in dieser Versammlung die Billets zum Arbeiter-Maisfest auf dem Boek ausgegeben werden. Um zahlreichen Besuch bittet
 296b Der Vorstand.

Fachverein der Metall-Arbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen.

Sonnabend, den 18. April, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Zentner, Müngstr. 11:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Besprechung über die bevorstehende Auflösung unseres Vereins resp. Anschluß an den neuen „Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter“. Referent Kollege Prink. 2. Bericht über den Rassenabluß des Vereins. Kollege Wreden. 4. Abrechnung vom Maikendball und gesammten Rassenabluß der Vergnügungskasse. Kollege Ritter. 5. Bericht des Bibliothekars über den Bücherbestand. Kollege Eckard. 6. Verschiedenes. 7. Beschlusfassung über die Auflösung unseres Vereins und Wahl einer Liquidationskommission. — Achtung! Nur Mitgliedsbuch legitimirt! Um pünktliches Erscheinen ersucht
 [227/5] Der Vorstand.

Freie Gemeinde Rixdorf.

Grosse öffentl. Versammlung für Frauen und Männer
 Sonnabend, den 18. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Hoffmann's Saal, Bergstr. 133. Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über Kirche und Wissenschaft im Mittelalter. 2. Diskussion. 3. Fragestellung. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Fachverein der Lithographie-Steinbleiser u. Fernog. (Kreuzpapierträger).

General-Versammlung
 am Sonntag, 19. April, Vorm. 11 1/2 Uhr, bei Herrn Seefeld, Grenadierstr. 53. Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über unsere gegenwärtige Produktion. Referent Herr Preuß. 2. Diskussion. 3. Rassenbericht. 4. Verschiedenes.
 Um regen Besuch bittet
 252b Der Vorstand.

Versammlung der Bau-Anschläger (Berlin-West)

am Sonntag, 19. d. M., Vorm. 10 Uhr, bei Herrn Zentner, Müngstr. 11. Aufnahme neuer Mitglieder. [264b]

Berein der Einseker (Tischler) Berlins u. Umgeb.

Sonntag, 19. April, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Röllig, Neue Friedrichstraße 44:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Erwahl eines Vorstandsmitgliedes. 2. Vortrag über Gewerbe-freiheit und Innungszwang. 3. Innere Vereinsangelegenheiten und Bericht zum 1. Mal. 4. Fragekasten. 145/9
 Gäste sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Töpfer!

Den Kollegen hiermit zur Kenntniss, daß auf dem Neubau 251b
Schlafke, Rixdorf, Bergstr. 117,
 sämtliche Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen haben, da die Lohn-verhältnisse wieder geregelt sind.
 Frh. Regenbers, Vertrauensmann.

Demonstrationsabzeichen für den 1. Mai liefert und empfiehlt der Arbeiterbund Basel (Schweiz) und hofft durch die geschmackvolle Aus-führung derselben auf zahlreiche Bestellungen. Vereine und Kolpor-teure erhalten Rabatt. 573b

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

101. Sitzung vom 16. April. 11 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Berlepsch, Sobmann.

Die zweite Berathung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle (Arbeiter- und Gehör) wird fortgesetzt.

§ 135 trifft Bestimmung über die Kinderarbeit.

Kinder unter 13 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Kinder über 13 Jahren dürfen in Fabriken nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind. Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht übersteigen. Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

Die sozialdemokratischen Abgg. Kuer und Genossen wollen die Kinder bis zu 14 Jahren von der Fabrikbeschäftigung ausschließen, und für junge Leute bis zu 16 Jahren nur eine 10stündige Arbeitszeit zulassen; Abg. v. Münch beantragt, die Altersgrenze für die nur zehnjährige Arbeitszeit an das Ende des 17. Lebensjahres zu legen.

Abg. Trötsch (natl.) bekämpft den sozialdemokratischen Antrag, die Kinder bis zu 14 Jahren von der Arbeit in Fabriken auszuschließen. Schon aus anderen Gründen könne man für diesen Antrag nicht sein. In Bayern bestünde die siebenjährige Schulpflicht; die Kinder kämen also in der Regel mit 13 Jahren aus der Schule. Was sollte während des 14. Lebensjahres mit vielen Kindern geschehen, wenn sie die Schule nicht mehr besuchen, aber auch in einer Fabrik nicht arbeiten dürfen? Es gebe eine große Zahl ganz ungefährlicher und leichter Beschäftigungen, welche diesen Kindern ohne jedes Bedenken zugewiesen werden könnten. Gegen die Beschäftigung von Kindern in gefährlichen Betrieben einzuschreiten, siehe ja dem Bundesrath die Befugnis nach § 139 a ohne Weiteres zu. Auch die Anträge auf Einschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter seien abzulehnen, da ein Bedürfnis dafür nicht vorliege.

Abg. Wöllmer (Str.): Schon vor mehr als 50 Jahren ist in Preußen auf die schädlichen, verderblichen Folgen des Mißbrauchs der Kinderarbeit hingewiesen und Abhilfe gefordert worden. Im Laufe der Jahre hat die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder regelmäßig abgenommen und wird durch die Bestimmung der Vorlage noch weiter vermindert werden. In Bayern aber ist das Uebel der Kinderarbeit am schärfsten in die Erscheinung getreten, dort hat eine Zunahme der beschäftigten Kinder in großem Umfange stattgefunden. Die Rücksicht auf die Autonomie der Einzelstaaten, wie sie der Vordrucker fordert, kann ich nicht bedingungslos gelten lassen. Vielmehr halte ich die Hinaussetzung der Altersgrenze auf 14 Jahre für sehr wohl ausführbar, besonders wenn man ein Uebergangsstadium einführt. Wir haben mit den Sozialdemokraten in der Kommission für 14 Jahre gestimmt und werden das auch heute thun. Wird der Antrag angenommen, so fällt der Begriff der Kinderarbeit aus dem deutschen Gesetzbuch überhaupt weg. Weicht die Regelung der Schulpflicht in Bayern von derjenigen in den anderen deutschen Staaten ab, so würde ein solcher Beschluß gerade für Bayern ein hinreichendes Kompensat bilden, seine Schulpflicht zu ändern. Nicht bloß den Kindern, sondern in letzter Instanz auch der Industrie und der gesammten Gewerbetätigkeit wird damit gebietet werden.

Bayerischer Geh. Rath Landmann: Die siebenjährige Schulpflicht hat nicht bloß Bayern, sie gilt auch in Württemberg; es handelt sich also nicht um eine spezifisch bayerische Angelegenheit, wie der Vordrucker ausführt. Aber auch für andere deutsche Staaten, insbesondere für Preußen ist die Sache von Bedeutung, weil die Schulpflichtstermine nicht mit dem Geburtstage der Kinder zusammenfallen, vielmehr nur ein oder zwei Mal im Jahre stattfinden, und sich also der Möglichkeit ergeben, daß die Kinder fast ein halbes Jahr vor der Erreichung des 14. Lebensjahres aus der Schule entlassen werden. Es scheint ihm nicht ganz korrekt, bei dieser Gelegenheit den Wunsch nach einer Milderung der bayerischen Schulpflicht auszusprechen, es sei doch zweifelhaft, ob man hier bei dieser Gelegenheit einen Druck auf die Gesetzgebung eines Einzelstaates ausüben dürfe. Uebrigens sei die hohe Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder in Bayern im Vergleich zu Sachsen noch sehr mäßig. (Zustimmung der Bayern im Centrum.) Der Kommissionantrag sei um so annehmbarer, als die Kommission die Bestimmung der Vorlage gestrichen hat, daß für gewisse Fabrikationszweige der Bundesrath auch die zehnjährige Beschäftigung von nicht mehr vollschulpflichtigen Kindern über 13 Jahren zuzulassen befugt sein sollte.

Abg. Meißner (Soz.): Nur die Rücksicht auf das partikulärische Interesse Bayerns hat die Majorität der Kommission bestimmt, unseren weitergehenden Antrag abzulehnen. In Bayern werden die Kinder leider schon mit 13 Jahren aus der Schule entlassen, und das ist eine recht bequeme Handhabe für die Fabrikanten, die Kinder recht früh in die Fabriken einzuführen. Man fürchtet offenbar in Bayern, daß die Leute dort zu gehen (weiter). Deshalb streibt man sich gegen die achtjährige Schulpflicht. Der größte Theil Deutschlands kann doch darauf sein, die achtjährige Schulpflicht zu bestehen. Vom menschlichen Standpunkte aus ist es unbedingt notwendig, daß wir eine gesunde Generation haben. Deshalb hat auch die Schweiz die Kinderarbeit unter 14 Jahren verboten. Die Kinder gehören in die Schule oder auf den Spielplatz. Ich bin daher auch nicht der Meinung Wöllmer's, daß die Kinder bis 14 Jahren auf irgend eine Weise beschäftigt werden. Ob die Kinder unter dem Aufsicht der Fabrikanten oder in der Fabrik arbeiten, ist schließlich gleichgültig. Auch der schärfste hygienische Rongreß hat sich gegen die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren erklärt. Nach der Vorlage würden die Fabrikanten in den Staaten, wo der Schulbesuch bis zum vierzehnten Jahre dauert, wie in Sachsen, die Kinder erst mit dem vierzehnten Jahre zur Fabrikarbeit anspannen, in Bayern dagegen mit 13 Jahren. Es würde also mit ungleichem Maße gemessen. Den Sachsen würde dadurch eine unheilvolle Konkurrenz erwachsen. Daß die Fabrikanten die Kinder nur beschäftigen werden, damit sie sich nicht auf der Straße herumtreiben, glaubt Ihnen ja Niemand. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten.) Der Grund für die Kinderarbeit ist nur der, daß sie billiger ist als die der jugendlichen Arbeiter. Wenn Summularbeit die Fabrikanten leitete, dann würden sie selbst jeden Vater, der sein Kind unter 14 Jahren zur Fabrikbeschäftigung anbietet, zum Teufel jagen. Als vom Regierungstische früher einmal eine gewisse erzieherische Wirkung der Fabrikarbeit hervorgehoben wurde, gab Windthorst den Herren den Rath, ihre Kinder doch einmal zur Probe in die Fabriken zu schicken. Ich weiß nicht, wie weit sie von diesem Rechte Gebrauch gemacht haben; wer aber heute noch die erzieherische Wirkung der Fabrikarbeit behauptete, dem würde ich denselben Rath geben. Aber dann würden Sie natürlich lachen und sagen: Du hast Aug' schnaden. Man sorgt auf allen Seiten für die Kinder der Arbeiterklassen, verbessert die Schulräume u. s. w., aber für die Kinder der Arbeiter scheint man nicht geneigt zu sein, das Nöthige zu

thun. Der Fabrik-Inspektor von Baden beklagt sich, daß die Ausbeutung der Kinder im varietalen Alter von 10 bis 11 Jahren soweit geht, daß man ihnen nicht einmal die Schulfreien läßt, sondern sie auch in den Ferien zum Steintragen bei Bauten verwendet. Solche Arbeiten, welche die Kinder spielend machen können, würde man bei einem Verbot der Kinderarbeit ja den Leuten übertragen können, welche jetzt wegen Alterschwäche aus der Fabrik entlassen werden müssen. Nur was das Staatsleben, das Interesse der Menschheit erheischt, darf bei dieser Frage für uns maßgebend sein. Ich bitte Sie daher, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geh. Rath König: Bisher war für alle Kinder über 12 Jahre die Arbeit in den Fabriken gestattet; wenn wir die Grenze jetzt bei 13 Jahren ziehen, so werden wir damit fast allen Staaten Europas voranziehen. Nur die Schweiz und Oesterreich ziehen die Grenze bei 14 Jahren. In Oesterreich ist aber ausdrücklich vorgesehen, was auch die Regierungs-Vorlage enthalten hat, daß Kinder über 13 Jahren wie jugendliche Arbeiter beschäftigt werden dürfen, wenn sie genügende Schulbildung haben und körperlich genügend entwickelt sind. Sehr bedenklich ist es, wenn die Kinder, welche vor der Vollendung ihres 14. Jahres zu dem allgemeinen Schulentlassungstermin aus der Schule kommen, unbeschäftigt bleiben sollen, weder zu einem Handwerker, noch in einer Fabrik geschickt werden können. Deshalb kann der Antrag Kuer nicht zur Annahme empfohlen werden. Der weitere Antrag Kuer, die Beschäftigung der jungen Leute von 16—18 Jahren auch nur für 10 Stunden zu gestatten, ist sehr bedenklich, weil er zahlreiche Industrien, welche vorzugsweise solche jugendliche Arbeiter beschäftigen, schwer schädigen würde, wenn plötzlich deren Arbeitszeit so weit herabgesetzt würde. Ich bitte Sie, sich diese Konsequenzen vor Augen zu halten. Die internationale Konferenz ist noch nicht einmal so weit gegangen, wie unsere Vorlage; jene ließ Kinderarbeit von 12 Jahren zu. Sehr wünschenswert wäre es, wenn bis zur dritten Lesung eine Einigung dahin zu Stande käme, daß Kinder im Alter von 13 Jahren als jugendliche Arbeiter in gewissen vom Bundesrath zu bezeichnenden Betriebszweigen beschäftigt werden dürfen, sofern ihre körperliche Befähigung nachgewiesen ist.

Abg. v. Münch (Demokrat) bekämpft den Antrag der Sozialdemokraten, den den Kindern den Eintritt in die Fabriken überhaupt zu verwehren wolle; er könne das auch vom Standpunkt der Arbeiterfreundlichkeit aus nicht verantworten. Sehr erwünscht wäre auch, wenn eine Verständigung über die Zulassung der 10stündigen Beschäftigung für die dazu geeigneten Kinder über 13 Jahren zu Stande käme. Andererseits aber müsse zur Schonung der körperlichen Entwicklung diese Beschränkung der Dauer der Beschäftigung auf 10 Stunden auf sämtliche jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren ausgedehnt werden. Auch die internationale Konferenz hat betont, daß die jugendlichen Arbeiter auch zwischen 16 und 18 Jahren eines Schutzes hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit bedürften. Vorlage und Kommission gehen in dieser Beziehung nicht weit genug; nehmen Sie daher meinen Antrag an. Der Einwand, daß die Industrien, welche vorzugsweise jugendliche Arbeiter beschäftigen, dadurch geschädigt würden, trifft nicht zu. Ich habe bezüglich der Textilindustrie statistische Ermittlungen angefertigt, deren Ergebnisse meine Meinung unterstützen. Ein größerer Vortheil für die Industrie ist die Einschränkung der Arbeitszeit für die 17-jährigen, weil sie dann als Erwachsene eine viel größere Arbeitskraft einzusetzen und eine viel größere Widerstandskraft gewonnen haben. Mein Antrag macht erst die Verordnungen der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 bezüglich eines wirklichen Arbeiterschutzes zur Wahrheit; wenn die Vertreter des Bundesrathes hier für das 16. Lebensjahr als Grenze eintreten, so brechen sie nicht dem kaiserlichen Gebot, sondern sie machen das kaiserliche Wort zum Gespenst. (Vizepräsident Baumhach weist diesen Ausdruck als zu weit gehend zurück.) Ich bitte Sie nochmals, meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Stolte (Soz.): Es ist geradezu eine Versündigung an den Kindern, wenn diese durch die Gesetzgebung dazu genötigt werden, im jugendlichen Alter in die Fabrik zu gehen. Die Entziehung der ganzen Gesetzgebung zum Schutze der jugendlichen Arbeiter reicht weit zurück, in Preußen wurde vor vielen Jahren, noch vor der Entstehung des Norddeutschen Bundes bestimmt, daß Kinder unter 12 Jahren nicht in Fabriken beschäftigt werden dürfen; bei der Verabreichung desselben Gegenstandes im Jahre 1869 standen die Parteien gerade so wie heute, bloß ein Theil der Konservativen stimmte mit uns für das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren, auch damals standen die National-liberalen auf dem partikulärischen Standpunkt, die Fortschrittspartei war für Abschaffung der Kinderarbeit. Die Industrie beschäftigt Kinder überhaupt nur darum, weil sie billiger sind als Erwachsene; wir Sachsen können das am Besten beurtheilen, denn über die Hälfte aller in Fabriken beschäftigten Kinder sind in Sachsen beschäftigt; von 22 000 in ganz Deutschland sind es in Sachsen 12 480! In den Bezirken mit niedrigem Lohn, wie Plauen und Zwickau, werden die meisten Kinder beschäftigt, in Bezirken mit höherem Lohn, wie Leipzig und Dresden, weniger. Und bei diesem Mangel an Rücksicht der Industrie auf die humane Behandlung der Kinder hat zu meinem Erstaunen ein bayerischer Abgeordneter und ein bayerischer Regierungskommissar es fertig gebracht, zu sagen, die bayerischen Verhältnisse machen es nöthig, die Kinder von 13 Jahren an in den Fabriken zu beschäftigen. Ich bestreite erstens, daß Bayern mit seiner siebenjährigen Schulpflicht das Beste leistet, wie andere Staaten mit achtjährigen Schulbesuch. Wenn bemerkt wird, eine Pause zwischen dem Entlassen aus der Schule und dem Beginn der Fabrikarbeit würde zur Verlotterung der Jugend führen, so liegt darin eine schwere Anklage gegen diejenigen Stände, deren Kinder überhaupt keine Fabrik besuchen, nach dieser Ansicht also verlottert sein müßten. Freilich, die Kinder der Bessergestellten besuchen die Schule länger, aber der Beweis dafür, daß nach der Entlassung aus der Schule die Kinder der Arbeiter verlottert, ist nicht erbracht, die ganze Behauptung ist nichts als ein gegen den Arbeiterstand erhobener Vorwurf. Man sagte, ohne die Kinderarbeit könnten manche Industrien nicht bestehen — eine Industrie, die anders nicht bestehen kann, ist in der Weltkonkurrenz überhaupt nicht existenzberechtigt und mag untergehen. Man wies ferner darauf hin, daß die Kinderarbeit zur Vermehrung der Einnahmen der Arbeiter nöthig ist; wie traurig muß es dann um den Arbeiterstand bestellt sein! Aber die meisten Arbeiter wissen, daß sie für ihre Kinder keine größeren Schätze sammeln können, als wenn sie sie recht viel lernen lassen und die wenigen Arbeiter, die im Unverstand das nicht einsehen, müßte der Staat zwangsweise zur Durchführung der Schulpflicht anhalten und andererseits müßte das Reich alle Einzelstaaten im Interesse der Kultur zur Einführung einer achtjährigen Schulpflicht zwingen. Die Verkürzung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter ist nöthig mit Rücksicht auf die Beschäftigungslosen, die dann Arbeit finden werden, und mit Rücksicht auf die Gesundheit, — und hier kommen namentlich die Jugendlichen in Betracht, — unter dem ewigen Werkstattdruck sehr leicht. Auch ist es sehr wünschenswert, wenn dem jungen Arbeiter Zeit zur geistigen Weiterbildung gegeben und der in einzelnen Staaten bestehende Zwang zum Besuch der Fortbildungsschule bis auf die Vollendung des achtzehnten Lebensjahres ausgedehnt wird. Herr Geh.

nach König meinte, bei uns sei der Schutz jugendlicher Arbeiter mehr entwickelt, als in fast allen Staaten, aber in anderen Staaten sind durch die Art der praktischen Durchführung der Gesetzgebung doch große Erleichterungen geschaffen. Man sagt, die von uns beantragten Erleichterungen der jugendlichen Arbeiter könnten von der Industrie nicht ertragen werden, aber dasselbe sagte man früher, als es sich um die Einführung der jetzt bestehenden Einrichtungen handelte, und doch ist damals die Industrie nicht untergegangen, sondern hat sich noch mehr entwickelt, gleichzeitig aber hat das Schulwesen sich gehoben, weil die Kinder mehr Zeit darauf verwenden konnten, und die Kindersterblichkeit nahm ab; ebenso wird es auch bei Annahme unserer Anträge ergehen. Im Jahre 1871 sagte der konservative Abg. Wagener: Wenn dem Kapital 200 Prozent Gewinn in Aussicht stehen, wird es maghalsig, stehen ihm 1000 Prozent in Aussicht, so verliert es alle Scheu vor dem Gesetz, es tritt dann auf den Gesetzen herum; wie wahr das ist, zeigen die vielen Verstrafungen wegen Uebertretung der Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter; demgegenüber muß das Haus endlich einmal sich aufrufen, und darum bitte ich Sie im Interesse unserer jugendlichen Arbeiter: nehmen Sie unsere Anträge an!

Abg. Möller (natl.): Mit diesen Uebertreibungen wird der Abg. Stolte ebensowenig wie vorher Herr Meister bei uns wirklich Eindruck zu machen glauben. Wir Alle und die ganze Industrie ist einverstanden damit, daß die Kinderarbeit abgeschafft wird, es handelt sich bloß um die notwendigen Ausnahmen. Wenn auch die Kommission in ihrer großen Mehrheit den erwähnten Abg. in seinem ganzen Umfange nicht annehmen wollte, so waren doch zahlreiche Mitglieder für gewisse Konzessionen in dieser Richtung und ich hoffe, daß die thatsächlich entstehende Lücke, welche der Kommissar erwähnt hat, noch ausgefüllt werden wird.

Abg. Hirsch (Str.): Man spricht hier immer bloß von sozialdemokratischen Anträgen; die Fortschrittspartei und die freisinnige Partei haben von jeher den Schutz der Unmündigen gegen Ausbeutung angestrebt und sind stets für die Beseitigung der Kinderarbeit eingetreten. Wir haben den Antrag in der Kommission zuerst gestellt und ihn hier nur deshalb nicht wiederholt, weil er von den Sozialdemokraten bereits eingebracht war. Herr Wöllmer hat weder gesprochen davon, daß in Bayern allein ein abweichendes Verhältniß besteht, noch hat er eine PreSSION auf Bayern üben wollen; er hat nur hervorgehoben, daß sich aus diesen Verhandlungen eine moralische Pflicht eines Einzelstaates ergeben könne, seine Partikular-Gesetzgebung entsprechend zu ändern. Mit der Annahme des Antrags Kuer verschwindet die ganze ungeliebte Kinderarbeit, aus unseren Verhältnissen. Nach dem Votum der Kommission ist es hoffentlich ausgeschlossen, daß die Mehrheit des Hauses den Rücksicht machen wird, für Kinder unter 14 Jahren die dumpfe, ermüdende, geisttöbende Fabrikarbeit täglich 10 Stunden zuzulassen. Haben sich denn in Oesterreich und der Schweiz die schweren Schädigungen ergeben, welche hier von dem Verbot der Kinderarbeit befürchtet worden sind? Es ist endlich an der Zeit, mit dieser verdammenwerthen Kinderarbeit ein Ende zu machen. Nehme die menschliche Arbeitskraft überhaupt, wie etwa in den Kolonien, so ließe sich vom wirtschaftlichen Standpunkte darüber reden; aber bei uns ist doch das Uebel der Ueberfluß an menschlichen Arbeitskräften. Ist die Reserve-Armee auch nicht riesengroß, so besteht doch für sehr viele erwachsene Arbeiter die Unmöglichkeit, ein Unterkommen und ernährbare Beschäftigung zu finden. Die Einführung des zehnjährigen Maximalarbeitstages für die jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren befürworten wir ebenfalls. Die Rückwirkung, daß wir damit dem zehnjährigen Maximalarbeitstage die Wege ebnet, würde ich nicht beklagen, sondern begrüßen, und ich bitte die Industriellen, ihren Kleinmuth in dieser Beziehung fahren zu lassen. Auf die paar Stunden kann es wirklich nicht ankommen. Je mehr man in diesen empfindlichen Jahren den jugendlichen Arbeiter zum Arbeitstriebe herabwürdigt, desto mehr legt man den Grund in ihm zu der Erbitterung, die ihn später extremen Richtungen in die Arme führt. Wenn auch unser Appell heute noch ungehört im Reichstage verhallen wird, kommen wird der Tag, wo man diese Fortdauer der Humanität erfüllen wird.

Abg. Grillenberger (Soz.): Ich kann dem bayerischen Regierungsvertreter nur befehlen, daß in bayerischen Regierungs- und Abgeordnetenkreisen keine Geneigtheit besteht, die dortige Schulgesetzgebung in der Weise zu ändern, daß die Entlassung der Schüler erst mit 14 Jahren stattfindet. Allerdings ist die bayerische Volksschule nicht schlecht, aber damit ist durchaus nicht gesagt, daß die Hinzufügung des achten Schuljahres nicht nützlich sein könnte. Die Arbeiterkreise hätten gegen diese Veränderung nichts einzuwenden, denn es ist ein unheilbarer Zustand, daß ein Datum zwischen der Schulentlassung und dem Eintritt in die Fabrik besteht. Allein man braucht ja gar nicht zu der in den Kreisen so verhassten Maßregel des achten Schuljahres zu greifen, man braucht einfach den Beginn des Schulbesuchs auf das siebente Lebensjahr zu setzen, dann wäre die ganze partikuläre Streitfrage aus der Welt geschafft. Ich möchte der Leitung des Reichstags-Zentrums — ich weiß nicht, ob nach dem Tode Windthorst's eine solche besteht — raten, auf ihre bayerischen Parteigenossen insofern einzuwirken, als sie diese bayerische Schulangelegenheit nicht als ein Hinderniß einer vernünftigen Arbeiterschutz-Gesetzgebung in den Weg stellen. Graf Ballestrem u. Gen. haben ja schon 1877 einen solchen Antrag gestellt, wie wir heute; wenn das Zentrum also konsequent ist, so muß es für unseren Antrag stimmen. Es kommt hier nicht auf die absoluten, sondern auf die verhältnismäßigen Zahlen an. Bayern ist hauptsächlich ein Agrarland und hat darum weniger Industrie-Arbeiter. Die Angaben der Fabrikinspektoren sind nicht zuverlässig. Die Inspektionsbezirke sind so groß, daß die Inspektoren gar nicht in der Lage sind, herumzukommen und eine genaue Statistik aufzunehmen. Es werden viel, viel mehr Kinder in den Fabriken beschäftigt, als in der offiziellen Statistik angegeben wird. (Abg. Bel: Sehr richtig!) Wenn Herr Landmann nicht an die Degenerierung der Arbeiter glaubt, so möge er den Bericht des Fabrikinspektors Kopf aus Nürnberg aus den Jahren 1888, 1889 und den neuesten Bericht nachlesen. Daraus ergibt sich, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter in Mittel- und Oberfranken jämmerlich sind. Wenn wirklich Fabrikinspektoren gewünscht haben, man möge die zehnjährige Arbeitszeit für Kinder vor 14 Jahren einführen, so beweist dies nur, daß die Fabrikinspektoren den Einflüsterungen der Unternehmer ihr Ohr schenken. Der Herr des Bezirks Reutlingen lacht über meine Aeußerungen. Eine sonderbare Humanität der Herren! Der Herr v. Stamm ein Miniatur, Herr Möller (weiter), hat gesagt, die Ausföhrungen Stolte's seien Uebertreibungen und machten keinen Eindruck. Natürlich, was gegen die Religion des heiligen Profits — dies ist die tonangebende Religion bei den Herren national-liberalen Kapitalisten — verflucht, das wird bei Ihnen niemals Eindruck machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten; Unruhe rechts.) Was Herr Möller als eine Uebertreibung hinstellen wollte, war nichts anderes als ein Bitat aus der Rede des konservativen Abg. Wagener. Die Uebertreibung ist also nicht bei uns zu suchen. Geh. Rath König meinte, von einer Einschränkung der Arbeitszeit bei 16 bis 18-jährigen Arbeitern könne „zur Zeit“ keine Rede sein.

Denselben Einwand hat man schon vor 20 Jahren erhoben. Wann wird denn endlich die Zeit kommen? Nachdem man die Einführung eines allgemeinen 10 stündigen Normal-Arbeitstages abgelehnt hat, wollen wir ihn wenigstens für die jugendlichen Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre durchsetzen. Die internationale Konferenz hat im vorigen Jahre sogar die zehnstündige Arbeitszeit für Arbeiter bis 16 Jahren empfohlen. Diese Konferenz war allerdings keine multilaterale Versammlung für uns, es war eine Bourgeoisversammlung. Es ist hauptsächlich auf das Drängen der Italiener und der anderen südlichen Völker zurückzuführen, daß man zwölfjährige Kinder als reif zur Fabrikarbeit erklärt hat. Daß Herr Zroelich als Großindustrieller für eine Ausdehnung der Kinderarbeit eingetreten ist, nehme ich ihm nicht übel. Seine bissigen Angriffe auf die Sozialdemokratie hätte ich ihm aber eigentlich nicht zugetraut. Was meine Äußerung in der ersten Sitzung betrifft, daß man dem Unternehmertum ein auf den Kopf geben müsse, so habe ich diesen Ausdruck gebraucht in dem Sinne, daß man gegenüber der Brutalisierung der Arbeitgeber den Spieß umkehren und dem Unternehmertum für seine gegen den Arbeiterstand geübte Frechheit ein auf den Kopf geben müsse, daran halte ich noch heute fest. Daß Herr von Stumm sich darüber aufhält, finde ich sogar richtig; es beweist nur, daß ich das Richtige damit getroffen habe. Übrigens lassen die Unternehmer nicht nur fremde Hände, sondern auch fremde Köpfe für sich arbeiten. Es sind also nicht einmal ihre eigenen Köpfe, welche getroffen werden, es kann ihnen also nicht wehe thun. Das Unternehmertum hat, das geht aus seiner Presse hervor, überhaupt keinen Kopf, es ist kopflos! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Geb. Rath Sandmann: Ich entsinne mich meiner damaligen Äußerung nicht genau. Jedenfalls habe ich mich auf das nächste mir zur Verfügung stehende Material, auf den gedruckten Bericht gestützt, und selbstverständlich sind die Zahlen des letzten Berichtes andere als die des vorhergehenden.

Geb. Rath Königs: Ich kann nur bestätigen, was der bayerische Herr Vertreter bereits gesagt, daß diese Bestimmungen durchaus nicht allein wegen Bayern in die Vorlage aufgenommen worden sind. Die Berichte der Fabrikinspektoren haben schon seit Jahren betont, zu welchen schädlichen Wirkungen es führt, daß die aus der Schule entlassenen Kinder nicht zur Arbeit kommen können. Das ist durchaus kein arbeiterfeindlicher, sondern ein arbeiterfreundlicher Vorschlag.

Abg. Grillenberger: Was meine „Gewandtheit“ betrifft, so hat sich herausgestellt, daß in einzelnen Bezirken die Angabe des Fabrikinspektors mit dem, was die Arbeiter selbst über die Zahl der beschäftigten Kinder gefunden haben, nicht übereinstimmt. Thatsächlich sind in Bayern mehr Kinder beschäftigt, als die Fabrikinspektoren angegeben haben.

Abg. Weber: Ich habe dem bayerischen Vertreter nicht vorgeworfen, daß er etwas Unrichtiges gesagt hat, sondern nur gesagt, daß seine Angaben in der Kommission in Widerspruch stehen mit den Angaben im neuesten Bericht.

Damit schließt die Diskussion.
Persönlich bemerkt Abg. v. Stumm: Mit solchen Wägen wie die Arbeitgeber hätten ja doch keinen Kopf und darum fühlten sie die Schläge nicht, kann man die von dem Abg. Grillenberger früher gethane Äußerung nicht aus der Welt schaffen.

Abg. Bayer beschwert sich über eine von dem Abg. v. Münch ihm gegenüber in seiner Rede begangene Indiskretion, welche ihn veranlasse, dem Abg. v. Münch nicht mehr dasjenige Maß kollektionalen Vertrauens zu beweisen, was er Andern zu beweisen für eine Ehre halte.

Abg. v. Münch stellt in Abrede, irgend eine Indiskretion absichtlich begangen zu haben.

In der Abstimmung werden die Anträge Auer und Genossen sowie der Antrag Münch, letzterer gegen die Stimme des Antragstellers, abgelehnt, § 135 unverändert angenommen.

Nach § 136 sollen die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter nicht vor 5 1/2 Uhr Morgens beginnen und nicht über 8 1/2 Uhr Abends dauern. An jedem Arbeitstage müssen zwischen den Arbeitsstunden regelmäßige Pausen gewährt werden. Für jugendliche Arbeiter, welche nur 8 Stunden beschäftigt werden, muß die Pause mindestens 1/2 Stunde betragen; für die anderen ist mindestens Mittags eine Stunde, Vormittags und Nachmittags je eine halbstündige Pause zu gewähren.

An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelforger für den Katechumenen- und Konfirmanden-, Weicht- und Kommunion-Unterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

Die Abgg. Auer und Gen. wollten die Arbeit erst von 6 Uhr ab beginnen und um 7 Uhr endigen lassen; sie wollten ferner für die jugendlichen Leute und die Arbeiter bis zu 18 Jahren die Nachtarbeit verbieten und verlangen, daß ihnen auch event. während der Arbeitszeit die Zeit zum Besuche der Fortbildungsschule gewährt werden soll.

Abg. Uhlendorff (Dr.) befürwortet einen Antrag, welcher den Eltern die Möglichkeit gewährt soll, ihre Arbeit auch vor halb 8 Uhr Morgens zu beginnen.

Abg. Wurm (Sog.): Wir sind mit dem Antrage Uhlendorff durchaus nicht einverstanden. Das Wichtige ist, daß durch das Gesetz in die abschaulichen Mißstände im Ziegeleigewerbe gebracht werden kann, würde damit durchbrochen werden. In der Praxis sehen die Dinge anders aus als Herr Uhlendorff meint. Man wird, wenn sein Antrag Annahme findet, verlangen, daß auch der jugendliche Ziegler so lange arbeitet wie der erwachsene. Es fehlt ja jede Kontrolle darüber, ob die Arbeitszeit für die jugendlichen Arbeiter wirklich nur zehn Stunden dauert; eine Abweichung von dieser Vorschrift würde erst zu Tage treten, wenn etwa der Fabrikinspektor bei einer unvernünftigen Revision sie entdeckte. Unser Antrag nimmt mehr Rücksicht auf die notwendige Nachruhe als die Vorlage und der Kommissionsbeschluss. Die Nachruhe und auch die Abendruhe ist für unsere Jugend sehr notwendig. Man bringt den Kindern der arbeitenden Klassen nicht das Interesse entgegen, daß die Kinder im Allgemeinen sonst finden. Welche tiefstimmigen Betrachtungen werden nicht darüber angestellt, daß der Gymnast nicht zu viel mit Schularbeiten belästigt wird? Richtig aber wird der Wunsch laut, daß auch den Arbeiterkindern die Möglichkeit gegeben wird, den Körper in solcher Weise in die Fortbildungsschule zu bringen, daß sie den Unterricht wirklich mit Erfolg genießen können. dahin zielt unser zweiter Antrag. Es ist bekannt, daß von Seiten der Unternehmer die Fortbildungsschulen nicht gerade mit günstigen Augen angesehen werden. Deshalb ist hier ein gesetzlicher Zwang nötig, wenn auch anerkannt werden soll, daß eine größere Anzahl von Arbeitgebern den guten Willen hat, den jugendlichen Arbeitern die nötige Zeit auch während der Arbeitszeit zu gewähren. Die Klagen vieler Fabrikinspektoren, daß die Fortbildungsschulen schlecht besucht werden und die jugendlichen Arbeiter nichts lernen wollen, rühren daher, daß nach zehnstündiger Arbeitszeit sie nicht noch 2-3 Stunden in die Schule gehen können. Ich hoffe, daß unser Antrag bei allen Denen, die für die Fortbildung unserer jugendlichen Arbeiter Interesse haben, Zustimmung finden wird.

Der Antrag Auer, soweit er sich auf die jungen Leute bis zu 18 Jahren bezieht, wird zurückgegeben.

Abg. Harimann bestritt das Bedürfnis besonderer Regelung für die Ziegeleien; für derartige Saisonbetriebe habe der Bundesrath die Verordnungsbefugnis.

Geb. Rath Lohmann hält es weder für nötig noch für zweckmäßig, die Nachtzeit so zu erweitern, wie es der sozialdemokratische Antrag vorschlägt.

§ 136 wird unverändert angenommen.

Die Abgg. Auer und Genossen beantragen einen neuen § 136a, nach welchem für alle über 14 Jahre alten Arbeiter der zehnstündige Normalarbeitstag eingeführt werden soll und zwar vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes an. Vom 1. Januar

1894 soll der Normalarbeitstag neu, vom 1. Januar 1893 nur acht Stunden betragen.

Abg. Grillenberger (Sog.): Für uns ist der Normalarbeitstag der Grund- und Eckstein jedes wirklichen Arbeiterschutzes. Man wirkt uns vor, Palliativmittel vorzuschlagen, aber unsere Palliativmittel nähern wenigstens dem Arbeiter etwas, während das, was in diesem Gesetze bisher geschaffen ist, keine einschneidende Verbesserung bietet; theilweise wird sogar der jetzige Zustand dadurch verschlechtert, und bezüglich der Koalitionsfreiheit ist, wenn man da auf die Regierungsvorlage zurückgreift, eine abermalige Verschlechterung zu erwarten. Man wirkt uns ferner vor, daß wir die historische Entwicklung nicht berücksichtigen, aber hätten Sie unsere Anträge angenommen, so hätten Sie gerade einer vernünftigen zukünftigen Fortentwicklung Vorschub geleistet. Wollten Sie wirklich die Versöhnung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, so sollten Sie nicht in einer solchen organisierten Weise alles niederstimmen, was wir vorschlagen. Unsere Vorschläge gehen noch lange nicht so weit, wie große Massen aufgeregter Arbeiter wünschen, die uns anfeinden, weil wir nicht weit genug gingen. Allerdings sind unsere Industrieverhältnisse heute so, daß noch viel mehr geboten werden könnte. Der § 136a ist einer der einschneidendsten des Gesetzes, namentlich durch seine Abstufungen. Wir wollen nur allmählich zum achtstündigen Arbeitstag kommen. Wir sind deshalb vielfach geschäftig angegriffen worden, aber Regierung und Reichstag halten gleichfalls für die Durchführung solcher Reformen Abstufungen für notwendig. Wir müssen der Industrie Zeit lassen, sich darauf einzurichten. Außerdem wünschen auch die Arbeiter nicht eine solche Verkürzung der Arbeitszeit, so lange nicht eine vollständige Beseitigung der Konkurrenz zwischen den Haupt-Konkurrenzländern Europas herbeigeführt ist. In England ist der 10stündige Normalarbeitstag theils durch Gesetz, theils durch Uebung bereits eingeführt. Beim Erscheinen der kaiserlichen Erlasse im Februar vorigen Jahres freute man sich in den Arbeiterkreisen, weil man dachte, nun werde endlich einmal Ernst mit dem Arbeiterschutz gemacht werden, eine Zuversicht, die allerdings von den aufgeregten Arbeitern, die wissen, wie es gemacht wird, nicht getheilt wurde. Es giebt bei uns in Deutschland Mächte, die härter sind als ein kaiserliches Wort. Das sehen wir am besten aus dem Verhalten des Handelsministers. Man meinte, die Strömungen in den obersten Kreisen der Gesellschaft zu Gunsten eines Arbeiterschutzes seien sehr stark, aber der von der Regierung aufgestellte Entwurf läßt diese Meinung schon im Stich. Allerdings war damals noch unsere demnächstige Kollege aus Friedrichshagen im Amte und konnte seinen Einfluß geltend machen. In der Kommission und hier wurde diese Vorlage noch mehr veredelt. In den kaiserlichen Erlässen war klipp und klar ausgesprochen, daß die Arbeitszeit geregelt werden sollte, und darunter konnte man nicht eine Regelung der Arbeitszeit der sogenannten geschützten Personen, sondern allgemein der Lohnarbeiter verstehen. Die deutsche Industrie ist vollständig reif für einen achtstündigen Normalarbeitstag, wie er in allen Kulturländern jetzt gefordert wird. Wir wollen aber stufenweise vorgehen, um uns nicht dem Vorwurfe aussetzen zu lassen, wir wollten die deutsche Industrie konkurrenzunfähig machen. In der Zwischenzeit wünschen wir, daß internationale Vereinbarungen über weitere Verkürzung der Arbeitszeit getroffen werden. So wird man schließlich auch zum achtstündigen Normalarbeitstage kommen. Sie mögen uns für Optimisten halten und denken, wir seien einige Jahrzehnte zu früh daran, aber das Maschinenwesen wird fortgesetzt so verbessert, daß menschliche Arbeitskräfte frei und auf die Straße gesetzt werden. Diesen traurigen Zuständen kann nur mit einer fortschreitenden Verkürzung der Arbeitszeit entgegengetreten werden. Schon Helvetius erklärte vor hundert Jahren, daß die Arbeitslosigkeit nur durch Verkürzung der Arbeitszeit gemindert werden könnte. In zahlreichen Industrien Deutschlands ist der 10stündige Normalarbeitstag bereits eingeführt, in weniger zahlreichen der 9stündige und in einzelnen Betrieben sogar der 8stündige. Man sagt, man könne dies also dem freien Arbeitsvertrag überlassen; es würde sich dies auch ohne gesetzliche Regelung von selber machen; aber einerseits der Unverstand der Massen, andererseits die Proflitwuth der Unternehmer hindert ein Eintreten zum besten der Arbeiter. Nur durch Eingreifen der Gesetzgebung kann etwas Furchtbares und Dauerhaftes geschaffen werden. Die freiwilligen Zugeständnisse können jeder Zeit zurückgezogen werden, ebenso was durch Streiks u. erzwungen und ertrögt oder durch gütliche Vereinbarung erreicht ist. Gerade in Zeiten, wo wir mit Handelskrisen zu rechnen haben und es den Arbeitern schlecht geht, also eine Verringerung der Produktion notwendig wäre, lassen die Unternehmer den Arbeiter länger arbeiten, weil sie deren Widerstandsfähigkeit in solchen Zeiten für geringer halten. Wie die Freiheit des Arbeitsvertrages aussieht, beweisen am besten die Enthaltungen der letzten Tage in der sozialdemokratischen Presse, in welcher Weise die Unternehmerverbände in Verbindung mit lgl. preussischen Behörden das Koalitionsrecht der Arbeiter unmöglich machen. Es heißt da, es sollten Listen der sogen. wählbaren Agitatoren aufgestellt werden, und die Presse versucht das auf jenes Gebiet hinüberzuspielen, daß es sich bloß darum handele, sozialdemokratische Agitatoren von der nationalen Industrie fernzuhalten. Das ist nicht wahr. Es handelt sich darum, jede Bewegung der Arbeiter zur Erzielung einer kürzeren Arbeitszeit oder eines Normal-Arbeitstages oder höherer Löhne unmöglich zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich nicht um sozialdemokratische Agitatoren, sondern nur um Leute, die durch das Vertrauen ihrer Kameraden an die Spitze von Lohnkommissionen oder Fachvereinen gestellt sind. Solche Leute sind vom Leibe fernzuhalten, sind die Unternehmerverbindungen bestimmt, und dazu haben sich die königlich preussischen Behörden hergegeben. Mit keinem Worte treiben unsere Gegner so viel Mißbrauch wie mit dem Worte „Freiheit“. Wenn bei dieser Freiheit der Arbeiter zum Sklaven wird, muß der Begriff der Freiheit beschränkt werden. Das Prinzip, daß der Staat sich nicht in wirtschaftliche Verhältnisse zu mischen habe, haben bei diesem Gesetz nicht nur nationalliberale, sondern auch freisinnige Elemente durchlöchert. Deshalb dürfen Sie es auch nicht aufrecht erhalten gegenüber der Forderung nach einem Normal-Arbeitstage. Daß der Arbeiter davon den größten Schaden hat, ist nicht richtig. Statistisch ist nachgewiesen, daß im Staate Maschinenarbeit bei kürzerer Arbeitszeit höhere Löhne erzielt werden; ebenso weist der Schweizer Fabrikinspektor nach, daß die Verkürzungen, die sich an die Reduktion der Arbeitszeit von zwölf auf elf Stunden in der Schweiz knüpfen, sich nicht bezahlt haben. Es wird bei kürzerer Arbeitszeit jetzt eine wesentlich höhere Produktion erzielt einfach schon dadurch, daß man die alten Maschinen schneller laufen läßt, und noch viel mehr durch verbesserte neue Maschinen. Die kürzere Arbeitszeit würde das Gagnabundentum wesentlich verringern, da neue Arbeitskräfte eingestellt werden müßten. Einen Ausfall an Profit, der sicherlich nur sehr gering wäre, kann das Kapital sehr wohl tragen, zumal im Interesse einer Hebung der Arbeiterklasse. Was hält Sie nach dem Interesse einer Hebung der Arbeiterklasse? Die Regierung sagt, zur Zeit geht es nicht, das sind Ausflüchte, aber längstens acht Stunden gearbeitet, und zwar nicht schwere körperliche Arbeit, sondern sehr oft nur leichte mechanische. Die Herren Gehe in den Komptoirs arbeiten nur viel weniger als 8 Stunden. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Einzelne mögen ja hier und da ein paar Stunden länger arbeiten, dafür gehen sie aber auch Wochen und Monate nach der Riviera oder anderwärts zur Erholung. Wir haben ja hier im Reichstag mitunter auch eine längere Arbeitszeit als unsere gewöhnliche Normalarbeitszeit, und diese Herren arbeiten dann in ihrem eigenen Interesse länger, während die Arbeiter es im Interesse der Unternehmer thun müssen, und je länger sie arbeiten, desto schlechter wird ihre Lebenshaltung. Man wendet ein, § 129a führe, indem er für gesundheitsgefährliche Betriebe die Festsetzung einer kurzen Zeit vorsehe, eine Art fakultativen Normalarbeitstages ein; das ist ein Beweis mehr, daß wir Recht haben, denn überall wird durch die lange

Arbeitszeit die Gesundheit geschädigt. Will man konsequent sein, so muß man § 129a so oft anwenden, daß man dasselbe haben wird, was wir anstreben; da ist es doch besser, man regelt die Sache gleich gesetzlich. Wir wollen einen Maximalarbeitstag festsetzen, den einzelnen Gewerben es überlassend, durch freie Vereinbarung kürzere Arbeitszeiten zu erreichen; von einer Schematisierung ist dabei also keine Rede. Auf der einen Seite erwartet man alles von einem freien Arbeitsvertrag, auf der anderen will man nichts von einer Koalitionsfreiheit wissen und erwartet alles von der Regierung: in der Praxis aber führt Beides zur schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Wenn man alles von der Regierung erwartet, so führt das zur bloßen Bureaucratie, und wie auch diese schließlich immer die Partei der Bourgeoisie nimmt, dafür ist Herr von Berlepsch ein lehrreiches Beispiel. Aus ganz anderem Holze war denn doch Herr von Puttkamer, welcher den Willen, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, gleichviel ob mit oder ohne Anwendung von Gewalt, für einen rechtswidrigen erklärt. Diese Anschauung sollte schon einige Jahrhunderte hinter uns liegen, aber sie verfehlt, mit unwürdiger pommerischer Deutlichkeit und Ungenügsamkeit ausgesprochen, nicht ihres Einbruchs auf gewisse Gemüther. Abg. Herr Wagener noch unter Jähren war, hätte man wohl so etwas nicht ausgesprochen; aber auch die konservativen Grundbesitzer sind mehr und mehr eine Partei des Kapitalismus geworden, sie stimmen mit den Großindustriellen, den Nationalliberalen, weil sie auf deren Dankbarkeit rechnen, wenn es sich darum handelt, die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande zu hindern. Der mehrerwähnte schweizerische Fabrikinspektor Schuler wie der badische v. Dörrieshöfer, die doch sprachlos keine sozialdemokratischen Neigungen verdächtig sind, sprechen sich für das Eingreifen der Gesetzgebung aus. In der Schweiz und Oesterreich besteht der elfstündige Normal-Arbeitstag, und die Einwendungen des Abg. Vahl, daß man dort mit dem Normalarbeitstage nicht zufrieden sei, daß die Zahl der Ausnahmen größer sei als die der Nichtausnahmen, und daß namentlich die Arbeiter mit den dortigen Zuständen nicht zufrieden wären, wurden mehrfach widerlegt, und zwar gerade von Arbeitern der betreffenden Länder. Seit 1888 fährt man in Oesterreich den Normalarbeitstag strikte durch, in der Schweiz besteht eine lebhafteste Agitation, um zum zehnstündigen überzugehen, und Herr Geheimrath Königs selbst giebt zu, daß man sich dort gegen den zehnstündigen Normalarbeitstag nur sträubt, weil man die Konkurrenz Deutschlands, wo man gar keinen Normalarbeitstag hat, fürchtet. Dann ist der Widerstand der Regierung und des Herrn Königs selbst unbegründlich, er erklärt sich nur aus ihrer Furcht vor dem allmächtigen Kapitalismus. Dieser Vorwurf kann der Regierung nicht erspart bleiben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hier, in der Presse, in Versammlungen wird man ihn stets wiederholen. Für die Vergleiche fordern wir Nichts, als was sie schon Jahrhunderte lang besessen und was ihnen nur die Proflitwuth der Unternehmer genommen hat. Nun haben sich die Vertreter der Bergwerksindustrie neuerdings wieder zusammengesetzt und im Einverständnisse mit Regierungsvertretern erklärt, sie würden auf die achtstündige Schicht der Bergleute nicht eingehen. Dem gegenüber muß doch auf einen Namen hingewiesen werden, der allein ein ganzes Programm bedeutet: Müllersiefen, der hat diese Forderung und die Forderung höheren Lohnes durch Unterchrist zugesandt, er hat es mit übernommen, für diese Forderungen einzutreten; natürlich haben die Nationalliberalen, die seine Wahl unterstützten, diese Verpflichtung mit übernommen, und gerade diese sterben wir an, gerade sie herbeiführen wird, und gerade diese sterben wir an, gerade sie werden aber von der Klasse der Arbeitgeber, gegen welche auch der einzelne humane Arbeitgeber nicht aufkommen kann, bekämpft. Wir erwarten und hoffen, daß die Zeit nicht so fern sein wird, wo die Regierung und die Mehrheit nachgeben muß, wenn sie nicht die Lebenshaltung der Arbeiter und also der ganzen Nation aufs Tiefste zerrütten will. Rufen Sie sich also auf, bekretiven Sie den Normal-Arbeitstag bei dieser Gelegenheit; wie sind dann erbötig, Ihnen eine ganze Anzahl anderer Sünden zu vergeben. (Große Heiterkeit.)

Nach dieser Rede wird um 6 1/2 Uhr die Fortsetzung der Berathung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung vom 16. April, 11 Uhr.

Am Ministerische: Herr v. Juchacz und Kommissarien.

Die zweite Berathung der Landgemeinde-Ordnung wird fortgesetzt beim 4. Titel: Verbindung nachbarlich belegerter Gemeinden und Gutsbezirke behufs Wahrnehmung kommunaler Angelegenheiten. (§§ 126-135.) Nach § 126 der Vorlage können die Landgemeinden und Gutsbezirke mit benachbarten Landgemeinden und Gutsbezirken zur gemeinsamen Wahrnehmung einzelner Angelegenheiten verbunden werden nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzer des Kreis-Ausschusses und des Bezirks-Ausschusses, wenn sie damit einverstanden sind und auch gegen ihren Widerspruch, wenn das öffentliche Interesse diese Verbindung erfordert.

Nach dem Antrage der Kommission soll der Beschluß des Kreis-Ausschusses dazu erforderlich sein, wenn die Beteiligten einverstanden sind. Ist ein solches Einverständnis nicht zu erzielen, so kann, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, der Oberpräsident den Verband bilden, nachdem die Zustimmung der Beteiligten durch Beschlußverfahren des Kreis-Ausschusses erfolgt worden ist.

Abg. v. Hneue beantragt für die Bildung von Schulgebäuden besondere gesetzliche Regelung vorzubehalten.

Abg. v. Hedlich beantragt, die Bestimmungen, wonach bei Verbindung von Landgemeinden und Gutsbezirken mit Stadtgemeinden der Bezirks-Ausschuß an die Stelle des Kreis-Ausschusses tritt, in diesem § 126 zu streichen und als besonderen § 136a an den Schluß des Titels zu stellen.

Abg. v. Hneue zieht aber im Laufe der Debatte seinen Antrag bei diesem § 126 zurück und beantragt, ihn in § 142 einzufügen. Den § 126 werde das Zentrum jetzt annehmen, da die Anwendung desselben auf die Schulverbände ausgeschlossen sei.

§ 126 wird nach dem Antrage des Abg. v. Hedlich angenommen, ebenso ohne Debatte mit einigen redaktionellen Änderungen die §§ 126a, 127-135.

Der fünfte Titel: Aufsicht des Staates (§§ 136-141) wird ohne Debatte angenommen.

Der sechste Titel (§§ 142-144) enthält die Ausführungen und Uebergangsbestimmungen:

Nach § 142 tritt das Gesetz mit dem 1. April 1893 in Kraft.

Die Kommission hat folgenden Zusatz gemacht, und zwar als Absatz 3 und 4: Privatrechte dürfen durch dieses Gesetz nicht entzogen oder geschmälert werden. Öffentlich-rechtliche Verhältnisse, welche auf besonderem Titel beruhen, bleiben insoweit in Kraft, als diese Titel von den bisherigen allgemeinen und besonderen gesetzlichen Vorschriften, Ordnungen, Gewohnheitsrechten und Abweichungen abweichende Bestimmungen enthalten. Eine solche Abweichung wird nicht vermutet.

Die bereits bestehenden Ortsstatuten, allgemeinen Gewohnheitsrechte und Uebervorgaben bleiben, soweit dieses Gesetz er-

statutarische Regelung zuläßt, einstweilen längstens auf drei Jahre in Kraft.

Hierzu liegt vor der bei § 126 zurückgezogene Antrag v. H u e n e, wonach das Gesetz auf die Schulverbände keine Anwendung finden soll.

Nach dem von der Kommission gemachten Zusatz beantragt: 1. Abg. A v e n a r i u s (natl.), den Absatz 3 zu streichen und im Absatz 4 hinter „die“ einzuschalten „bei Verklündigung dieses Gesetzes“.

2. Abg. S c h m i d t - W a r b u r g: In dem Absatz 3 statt der Sätze 2 und 3 folgenden Satz zu setzen:

„Öffentlichrechtliche Verhältnisse, welche erweislich nicht auf Rechtsnormen (gesetzlichen Vorschriften, Gewohnheitsrechten, Oberverträgen), sondern auf besonderem Titel beruhen, bleiben in Kraft.“

3. Abg. v. J e d i t z: Den Eingang des dritten Absatzes folgendermaßen zu fassen:

Rechte und Pflichten, welche auf besonderen Titeln des öffentlichen Rechts beruhen, bleiben in so weit u. s. w. wie in den Kommissionsbeschlüssen.

§ 142 wird im Absatz 3 und 4, welche die Kommission vorgeschlagen hat, mit den Anträgen von Jedlitz und Avenarius angenommen. Der Antrag von Hüne wird abgelehnt.

Damit ist die zweite Verathung der Landgemeinde-Ordnung beendet.

Es liegt nun noch folgende Resolution vor: Die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, einen die Rechtsverhältnisse des sogenannten Auenrechts regelnden Gesetzentwurf möglichst in der nächsten Session den Häusern des Landtages zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Dritte Lesung der Landgemeinde-Ordnung.)

Lokales.

Die Stichwahl im 17. Kommunal-Wahlbezirk auf den 5. Mai festgesetzt und findet in denselben Räumen, wie die ordentliche Wahl, in der Gemeinde-Doppelschule 56/72, Brandenburgstraße 79/79, statt.

Bei der bevorstehenden Stichwahl im 17. Kommunal-Wahlbezirk kommt es für die Sozialdemokratie, da ihr Kandidat dem „freisinnigen“ nur um wenige Stimmen (11) voraus ist, darauf an, möglichst diejenigen (2753) Wähler an den Wahltag zu bringen, die sich am Dienstag bei der Wahl nicht betheiligen. Unter diesen Säumnigen und Gleichgültigen sind viele Arbeiter. Wenn diese wenigstens bei der Stichwahl wählen und dadurch ihr Versäumnis wieder gut machen, so steigt unser Kandidat Hödner, mögen selbst die (150) Antisemiten für den „freisinnigen“ stimmen, wie der „Börz.-Cour.“ erwartet.

Die „Preis.-Ztg.“ hatte am Mittwoch unter „Letzte Nachrichten“ in besonders ausgezeichnetem Druck folgendes Resultat angegeben: Liebenow 884, Börner 1084, Jensen 221 Stimmen. Die wirklichen Stimmen waren 690, 701 und 150. Am Donnerstag schreibt nun das Blatt: „Wir sind mystifiziert worden durch eine Mitteilung, welche ein für den Sozialdemokraten günstigeres Stimmenverhältnis angab.“ Soll damit am Ende angedeutet sein, die „Preis.-Ztg.“ sei von einem Sozialdemokraten mystifiziert worden? Die Antwort wäre doch zu dumme.

Gegen die Institution der Kassen-Ärzte im Berliner Krankenwesen beginnt man jetzt aus den Kreisen der Ärzte heraus Front zu machen. So hat sich am 10. d. M. hier selbst unter dem Namen „Verein zur Einführung der freien Arztwahl im Berliner Krankenwesen“ ein Ärzte-Verein gebildet, welcher es sich einzig und allein zur Aufgabe gemacht hat, das jetzt bestehende System der Monopolisierung der Ärztestellen durch das System der freien Arztwahl abzulösen, ein System, bei welchem, wie die bereits damit gemachten Erfahrungen z. B. in ganz Schleswig-Holstein, Leipzig und anderen Orten beweisen, bei gleichen Kosten in erster Reihe die Verschlechterung und in zweiter Reihe auch die Ärzte besser fahren. Der Verein zählt bereits 200 Berliner Ärzte als Mitglieder und werden voraussichtlich sich bald die Berliner Ärzte in ihrer großen Mehrheit diesem Vereine anschließen, als dessen erster Vorsitzender der praktische Arzt Herr Dr. Georg Müller 8, Brandenburgstraße 80, fungirt. Ein derartiges gemeinsames Vorgehen der Herren Ärzte kann nur mit Freude begrüßt werden und wird daselbe zweifellos allseitiger Sympathie der Bescherten begegnen. Soll nun aber das Wirken dieses Vereins ein für beide Theile segensreich werden, so ist es notwendig, daß beide Theile Hand in Hand geliebte Vorgehen, damit auf diese Weise die Gefahr der Einzelgänger am besten vermieden werden kann. Möge daher nach dieser Richtung hin mit vereinten Kräften zum Besten Aller weiter gewirkt werden.

Die Abhängigkeit der Arbeitelöhne von der Religion sucht der „Berliner Arbeiterfreund“ nachzuweisen, indem er erzählt, daß der durchschnittliche Tageslohn eines Arbeiters in den hebräischen Ländern 0,40, in den mohamedanischen 0,50, in den katholischen 1,48 und in den protestantischen 3,50 Mark beträgt. Diese Zahlen beweisen,“ sagt das fromme Blatt hinzu, „daß, je höher die sittliche Stufe der in einem Lande vorderrschenden Religion ist, desto besser die Lage der armen Bevölkerung ist.“ Dem „B. A.“ kommt es natürlich nur darauf an, den Glauben zu erwecken, daß die protestantische Religion die „sittlichste“ sei. Nebenbei hofft er, daß der „denkende Leser“ aus den angegebenen Zahlen den Schluß ziehen werde, daß der Arbeiter, angeben den Zahlen den Schluß ziehen werde, daß der protestantische Arbeiter schon zu einem Tageslohn von 3,50 Mark gebracht hat und trotzdem immer noch mehr verlangt, eigentlich doch nie genug bekommt.

Ueber die Behandlung von russischen Auswanderern werden uns lebhaftest Klagen mitgetheilt. Vorgestern kamen hier aus Bremen ungefähr dreißig Personen, Frauen, Männer und Kinder an. Dieselben hatten bereits ein Schiff des Bremer Lloyd's bestiegen, um nach Amerika überzufahren. Von diesem Schiff wurden sie auf Anordnung der preussischen Behörden wieder entsetzt und hierher nach Berlin transportiert. Die Leute fanden hier vorläufige Unterkunft im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, wo sich bereits eine größere Anzahl russischer Auswanderer befinden soll. Das russische Konsulat hatte jede Hilfe abgelehnt. Wie es heißt, müssen die Auswanderer, die ihr Vaterland ohne sogenannte Gouvernementspässe verlassen haben, den Weg bis zur russischen Grenze zu Fuß zurücklegen. (F. Red.) In der russischen Woiwodschaft sollen Verhandlungen stattgefunden haben darüber, ob seitens der russischen Regierung nicht die nöthigen Geldmittel bewilligt werden könnten, damit die Auswanderer wenigstens bis zur Grenze mit der Eisenbahn befördert werden können.

Die Rache des Fabrikanten. So da längst in einem Lokale ein ehrlicher, gutgesinnter Fabrikant, in einem Lokale, in welchem, es war eine Destillation, vorwiegend Arbeiter und auch die bei ihm beschäftigten Arbeiter verkehrten. Unser biederes Fabrikantenlein läßt sich in leutseligster Weise herab, sich mit einigen gerade anwesenden Arbeitern in ein nicht minder leutseliges Gespräch einzulassen. Kommt nun auch das Gespräch auf die böse Sozialdemokratie und ähnliche Dinge, will nun unser Meisterlein nicht leuchten lassen und die behörden, verhehrt und unglücklichen Arbeiter eines Besseren belehren, sind aber diese gewöhnlichen Arbeiter so unverschämte, die Leutseligkeit des Herrn Fabrikanten mit Undankbarkeit zu belohnen — Undankbarkeit ist

bekanntlich der Welt Lohn. — Die Arbeiter besitzen nämlich die unerhörte Freiheit, Kläger zu sein als das wackere Meisterlein und wagen es gar, ihn gehörig abzuführen. Mit langer Nase verläßt das Meisterlein das Lokal, saßt unterwegs aber einen unauslöschlichen Groß gegen den Ort, an welchem ihm diese Schande angethan ist, daß einfache Arbeiter sich klagen, weit kläger geizig haben als er, der große Riesenfabrikant. Wuthschraubend geht es in die Fabrik, schnell wird ein Schriftstück aufgesetzt, wonach seine Arbeiter sich bei Todesstrafe — nein, so blutdürstig ist unser Meisterlein noch nicht, er macht es noch gnädig — bei Strafe der sofortigen Entlassung verpflichten müssen, das besagte Lokal zu meiden. Der Kluischer, welcher die Unterschrift verweigerte, wurde sofort entlassen.

So kauft ein Riesenfabrikant ihm gegenüberstehende Fabrikantenwidrig kluge Arbeiter!

Rausenfraß in der Umgegend von Berlin. Die vom Rausenfraß schwer geschädigten Kiefernwälder in der Umgegend Berlins sind im Laufe des vergangenen Herbstes und Winters vielfach abgeholzt worden. Die Besitzer derselben haben nach Abzug der Arbeitelöhne wenig davon gehabt, weil das Holz billig verkauft werden mußte, um die Flächen für neue Schonungen frei zu machen. Hoffentlich tritt das Ungeheuer nun nicht wieder in dem Umfang auf, wie in den letzten Jahren.

Ein weiblicher Kasper Hauser ist letzten Sonntag in den Nachmittagsstunden tief im Walde bei Grünau durch Forstbeamte aufgefunden und an die Ortspolizeibehörde in Albrechtshof abgeliefert worden. Es handelt sich um ein etwa acht Jahre altes, in dem Zustande völliger Verwahrlosung befindliches Mädchen, welches blondes Haar hat und ein roth und schwarzbuntes Kleid, sowie eine blaue Schürze trug. Das Kind hat bis heute auf die ihm vorgelegten Fragen nach Herkunft, Dauer des Aufenthaltes im Wald, nicht die geringste Auskunft gegeben, wie auch überhaupt noch nicht ein einziges Wort über seine Lippen gekommen ist. Die Behörde sieht bisher vor einem Räthsel, dessen Lösung sich zunächst auf die Feststellung beschränken muß, ob das Mädchen stumm, taubstumm oder geisteskrank sei. Merkwürdig erscheint es, daß bei den Behörden keine Anzeige über das Verschwinden eines Kindes eingelaufen ist, sobald es den Anschein gewinnt, als ob dasselbe nicht ohne Absicht im Walde in hilfloser Lage zurückgelassen worden ist. Vielleicht trägt diese Mitteilung dazu bei, das Dunkel der Angelegenheit zu lichten.

Ein neuer sehr lohnender Industriezweig scheint jetzt das Häufeln mit orientalischen Teppichen zu sein. Eine ganze Anzahl österreichischer „Gigerin“ mit unverfälschtem österreichischem Dialekt und untadelhaft nach der Mode, d. h. mit Schnabelschuhen und weiten Hosen, gekleidet, besuchen jetzt den wohlhabenden Theil der Stadt und preisen ihre persischen, türkischen und echten Bocara-Teppiche an. Infolge ihrer Jungensfertigkeit soll der Absatz recht flott gehen. Wenn man diese Herren fragt, wo sie ihr Lager haben, so erhält man die Antwort, daß die Teppiche unversehrt auf dem Packhofe liegen und deshalb dort nicht beschäftigt werden können. Der „Konst.“ ist aber der Sache aus den Grund gegangen und hat das Hauptlager dieser Teppiche herausgefunden; es befindet sich in der Leipzigerstraße, wo ein ingenuer Teppichhändler diese Herren mit österreichischem Dialekt engagiert hat, die sich nun als Verkäufer ausgeben, um ihre Teppiche hier leicht abzusetzen.

Der Zusammenstoß eines Theiles von dem im Abbruch befindlichen großen Gehäuse Friedrichstraße 118 a und Oranienburgerstraße 51 und das dabei erfolgte Verschütten dreier Menschen in den Trümmern alarmirte vorgestern Abend gegen sechs Uhr die Oranienburger Vorstadt. Das genannte Grundstück ist ein mächtiger Bau, der außer dem Erler an der Friedrichstraße sechs, an der Oranienburgerstraße vierzehn Fenster Front hat. Der Abbruch erfolgt unter Aufsicht des Bauführers Käse unter der speziellen Leitung des Politers Kanowski; bei den Arbeiten sind etwa vierzig Leute beschäftigt. Bereits vorgestern Abend etwa um vier Uhr schlug beim Umlegen einer Mauer das Deckengestell aller vier Etagen des Hauses bis hinab zum Keller durch, zum Glück, ohne daß Menschenleben dabei zu Schaden kamen. Der junge Bauarbeiter zog aus dem Unfall leider keine Lehre, sondern ließ gefahren entgegen den Rathschlägen des erfahrenen Politers die Diele des dritten Stockes abreißen, ohne für anderweite Sicherung der in diesem Stock noch beschäftigten Arbeiter zu sorgen. In der sechsten Abendstunde waren auf der entblößten Deckenlage die drei Maurerlehrlinge Wilhelm Preuß, Hermann Bald und Eilke beim Steintragen beschäftigt, als plötzlich die Decke mit dem Wilhelm Preuß prasselnd in die Tiefe sahl. Im zweiten Stock, gerade unter der Unfallstelle, war der Zimmergeselle Friedrich Dann mit Zimmerarbeiten beschäftigt. Er wurde von den Balken und Trümmern ergriffen, welche auch dieses Stock durchschlugen und mit dem Preuß auch den Dann hinabriesen. Das erste Stock vermochte den vermehrten Trümmern eben-sowenig Halt zu bieten; auch hier wurde die Decke durchschlagen, ein lauter Rausch erfolgte und der im Erdgeschoss stehende Kluischer Busse, welcher den Polter suchen wollte, war bis über den Kopf unter den Trümmern begraben. Eine dicke Staubwolke, die über der Unfallstelle aufwirbelte, ließ zunächst den Umfang der Katastrophe nicht erkennen. Nichtsdestoweniger machte man sich sofort an die bald auch von der Feuerwehr unterstützte Rettungsarbeit. Am schnellsten wurde Dann (geb. 12. November 1868, wohnhaft Wörtherstr. 55) aus den Schuttmassen herausgeholt; er hatte durch die auf ihn stürzenden Balken zahlreiche Kontusionen, außerdem eine stützende Balken rechten Fuß erlitten. Schwerer war schon die Rettung des jungen Preuß (geb. 31. Januar 1876, wohnhaft Anklamerstr. 27), er stochte bis an den Hals in Schutt und hat namentlich durch die den Hals berengenden Balken Verletzungen erlitten. Mit unendlichen Schwierigkeiten war die Herausholung des Kluischers Busse (wohnhaft Wilmersdorf, Kaiser-Allee, Haal-sches Haus), verknüpft. Man mußte eine Wand durchstemmen, um von der Seite an den Verunglückten heran zu kommen; er hat nur am Arm ernsthafte Quetschungen erlitten. Ein Arzt war sofort zur Stelle und leitete die Ueberführung der Verunglückten nach der Charite. Die Stelle des Unfalls war von vielen Neugierigen umlagert.

Der bekannte frühere Premierlieutenant Uffing aus Potsdam hat wieder einmal nach geraumer Zeit etwas von sich hören lassen. Im Jahre 1889 besaßte sich Uffing mit Grün-dungen, und er wurde damals weiteren Kreisen zuerst bekannt durch eine Schlägerei, welche er mit einem hochgestellten Beamten in einem der ersten hiesigen Hotels hatte, weil er sich von dem Betreffenden überfordert glaubte. Dann ist Uffing in Wien aufgetaucht und dort durch Zeitungsinserate Kapitalisten zur Verwerthung einer „genialen Erfindung“ gesucht. Den Personen, die dann mit ihm in Verbindung traten, erdrosselte er, er habe ein untrügliches Mittel erfunden, die Spielbank in Monaco zu sprengen. Doch damit schied er nicht viel Geschäfte gemacht zu haben; denn später hat er, obwohl er völlig mittellos war, zu haben; denn später hat er bei freier Verpflegung ein Monatsgehalt von hundertfünfzig Gulden versprochen, die aber als Gegenleistung eine „Kantion“ von tausend Gulden zu zahlen hatten. Die österreichische Regierung nahm damals Veranlassung, den Schwindler aus dem gesammten österreichischen Staatsgebiete auszuweisen, und Uffing kam infolge dessen im Jahre 1889 nach Berlin, wo er sofort ebenfalls mit einer genialen Erfindung an die Öffentlichkeit trat. Er stellte auf gedruckten Formularen die Offensivscheine über je fünf Mark aus, die vom 15. Februar 1889 datirten und bis zum 15. Dezember 1889 liefen. Er verkaufte diese Scheine für eine Mark namentlich an Schulkindern, und soll mehrere Hunderte dieser Scheine abgesetzt haben, weil

er den Käufern vorschwindelte, er wurde die Zahlungsstelle spätestens am 1. Dezember in einem hiesigen Blatte dreimal hintereinander veröffentlicht. Als die Polizei auf das Zweiben Uffing's aufmerksam wurde, machte sich dieser schleunigst aus dem Staube und es gelang nicht, seine Spur aufzufinden. Vor einigen Tagen nun hat die hiesige Kriminalpolizei von einem Hotelier in Ventimiglia an der Riviera die Nachricht erhalten, daß dort bei ihm ein Fremder Namens Uffini in Begleitung zweier Damen angekommen sei und eine Schuld von 500 Frank's kontrahirt habe, die er nicht bezahlen könne. Daß dieser Uffini mit Uffing identisch ist, erscheint zweifellos, da in einer seiner Begleiterinnen eine frühere Wirthin Uffing's ermittelt worden ist. Die hiesige Behörde hat in der Angelegenheit nichts weiter thun können, als dem Hotelier den Rath zu geben, die dortigen Strafbehörden in Anspruch zu nehmen.

Die Obduktion der Leiche der angeblich von ihrem Manne ermordeten Frau Plessow in Spandau hat die völli-gen An-schuld des Verhafteten ergeben. — Wie von der Spandauer Polizei-Verwaltung mitgetheilt wird, ist Frau P., die übrigens schon einige Zeit hindurch krankte, am Herzschlag gestorben. Die Mittheilung, daß die Frau Strangulationszeichen im Halse gehabt, bezeichnet die Polizei als unwahr. — P. ist am Laufe des gestrigen Vormittags auf freien Fuß gesetzt worden.

An die Genossen und Genossinnen von Nieder-Schön-weide, Johannisthal und Umgegend! Am 9. April tagte in der Brauerei „Vorwärts“, Nieder-Schönweide, eine Volksversammlung für Männer und Frauen, welche sich mit der diesjährigen Maiseier zu befassen hatte. Alle Genossen und Genossinnen werden wissen, welchen schweren Stand wir hier haben, betreffs der Lokalfrage. Dieser Punkt wurde auch in der obengenannten Versammlung eingehend erörtert, und konnte die Versammlung, in Anbetracht der ungünstigen Lokalverhältnisse, betreffs der Freier des 1. Mai keinen festen Beschluß fassen. Es wurde nun in dieser Versammlung ein Festkomitee gewählt, welches von der Versammlung folgenden Auftrag erhielt: Das Festkomitee wird beauftragt, die Maiseier recht imponant zu gestalten; findet die Maiseier am 3. Mai statt, so ist am 1. Mai eine Volksversammlung einzuberufen; sollte das Fest am 2. Mai stattfinden, so fällt die Volksversammlung aus. Das Festkomitee theilt nun allen Genossen und Genossinnen mit, daß für den 2. Mai kein Lokal zu bekommen war, und findet das Fest am 3. Mai in Johannisthal bei Senfleben (Johannisthaler Volksgarten) statt. Unser Bestreben soll es sein, das Fest zu einem wahren Volksfeste zu machen. Es finden Instrumental-Konzert, Gesangs-Vorträge, Tanz und Volks-Belustigungen im Walde statt. Eintrittskarten zum Preise von 80 Pf. sind zu haben in Nieder-Schönweide bei Herrn Siebenbaum, Restaurateur, und bei Herrn Kurt, Berlinerstr. 22 im Zigarrengeschäft. In Johannisthal bei Herrn Mielzig im Laden und bei Herrn Senf-leben, Restaurateur. Im Vorverkauf erhält jeder Käufer eine Festzeitung (Verlag des „Vorwärts“) gratis. Tanz absolut frei. Im Uebrigen verweisen wir die Genossen und Genossinnen noch auf die demnächst im „Vorwärts“ erscheinende Annonce. Alle Genossen und Genossinnen sind bestens eingeladen. Das Festkomitee. J. A.: Karl Basse.

Volksfeier. Im Spandauer Schiffahrts-Kanal, an der Lorstraßen-Brücke, wurde am 15. April Nachmittags die Leiche des seit dem 10. d. M. vermiften Schankwirths Krüger angeschwemmt. — Auf dem Neubau Oranienburgerstr. 54 fiel zu derselben Zeit der Maurerlehrling Conrad infolge eines Fehltritts aus dem dritten Stock des Seitenflügels auf das Dach des Nebenhäuses hinab und wurde am Rücken, an der Hüfte und am Ellenbogen verletzt. — Beim Abbruch des Hauses Oranienburgerstraße 51 stürzte Nachmittags veranlaßt infolge Ueberlastung mit Schutt die Decke des Treppenturms im zweiten Stock ein, durchschlag die darunterliegenden Stockwerke bis in den Keller und verschüttete den Zimmermann Dann, den Maurerlehrling Preuß und den Kluischer Busse, so daß dieselben durch die Feuerwehr hervorgeholt werden mußten. Die beiden Ersteren wurden nach der Charite und letzterer nach der Unterstadt-Klinik gebracht. — Als zu derselben Zeit der Tischler Koll mit seinem Möbelwagen in übermäßig schneller Gangart die Veteranenstraße hinabfuhr, stieß er vor dem Hause 29 mit einem dort haltenden Kollwagen zusammen, infolge dessen sowohl Koll, als auch der Kollkutscher von ihrem Wagen geschleudert wurden. Gehter blieb unbeschädigt, Lehterer erlitt jedoch eine so schwere Verletzung des Oberarms, daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Auf dem Fluß des Hauses Prenzlauer Allee 12 wurde Abends ein Mitglied der sogenannten Heilsarmee mit einer Kopfwunde aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Auf dem Abort des Hauses Unter den Linden 20 wurde in der Nacht zum 16. d. M. ein Wein-reisender erschossen aufgefunden. — Zu derselben Zeit fanden zwei kleinere Brände statt.

Berichts-Beitrag

Ein dreifacher Raubanfall beschäftigte gestern wiederum das Sch w u r g e r i c h t des Landgerichts I. In dem Th-schen Lokale in der Weberstraße sollen mit Vorliebe solche Leute verkehren, welche in gewissen Kreisen nur mit ihren Spitznamen benannt werden. Dort heißen bestimmte Personen nur „der schöne Emil“, „der schlante Thomas“, „Busteloh“, „Pippig“ und „Marfabelle“. Am Abende des 7. November v. J. waren zwei geistesranke Verbrecher aus der Irrenanstalt zu Dalldorf ausgebrochen und ihr erster Gang war nach ihrem früheren Stammlokal, der oben-erwähnten Destillation. Hier trafen sie mit einem gewissen Max Haus und Georg Jäschke zusammen, mit denen sie bald befreundet wurden. Als Häufler stellte sich ein Opa zu ihnen, der durch Zufall in das Lokal gerathen war. Es war der Lokomotivführer O., der des Guten etwas zu viel gethan. Durch fleißiges Zutrinken machten die vier Personen ihn vollends betrunken und verschleppten ihn dann nach anderen Lokalen. Die Anklage nimmt an, daß es damals schon auf eine Verabbarung O.'s abgesehen war. Zulezt wurden alle fünf Personen in einer Destillation am Königsberg gesehen. Nach längerer Zeit machte O. aus schwerer Ohnmacht auf. Er fand sich in Friedrichshain auf der Erde liegend wieder, seine letzte Erinnerung war die, daß er, mit seinen Begleitern durch den Park gehend, plötzlich zu Boden geschlagen wurde. Nachdem er sich etwas erholt, entdeckte er, daß man ihn seiner Uhr, seines Portemonnaies mit Inhalt und seiner Schüssel beraubt hatte. Ihn schmerzte der dritte Finger der rechten Hand und er bemerkte, daß die Räuber ihn selbst den eingewachsenen Tauring mit rober Gewalt vom Finger gezogen hatten. Der That verdächtig sind die beiden Dalldorfer Verbrecher, von denen der eine den Spitznamen „Kammerpaul“ führt und die gestern auf der Anklage-bank befindlichen Haus und Jäschke. Gegen die beiden Ersteren hat ihres Geisteszustandes wegen nicht eingeschritten werden können. Die Beschuldigten besritten, sich an dem Raube betheilig zu haben, die That müsse von den beiden Dalldorfern ausgeführt sein. Die Uhr ist bei Jäschke gefunden worden. Der-selbe giebt an, daß er und Haus sich am Königsberg vor den beiden Dalldorfern, die den trunkenen O. füllten, trennten und erst später zufällig mit den Ersteren wieder zusammengetroffen seien. Bei dieser Gelegenheit will Jäschke die Uhr gefaßt haben. Während der Staatsanwalt die Angeklagten durch die Beweisaufnahme für überführt erachtete, hielten die Verteidiger, Rechtsanwältin G e s c h k e und G e l b k e, das zu Tage gebrachte Belästigungsmaterial nicht für ausreichend, um bis dahin unbescholtenen Angeklagten zu verurtheilen. Die Geschworenen sprachen nur den Angeklagten Grund

Namen des Ausschusses Bericht über dessen Tätigkeit im letzten Vierteljahr. Hieraus wurden neun hilfsbedürftige Kollegen mit einer Summe von 234 M. unterstützt. An Vorkauf für Rechtsstreitigkeiten erhielten zwei Kollegen je 10 M. Ferner wurde in zwei Fällen der Rechtschutz erteilt. Die Versammlung erklärte sich mit der Handlungsweise des Ausschusses einverstanden.

Im Verschiedenen gedachte Kollege Weise in beredten Worten des Geburtstages Basse's, und die Versammlung stimmte in ein dreifaches Hoch ein, auf daß der Geist jenes großen Mannes in dem Volke weiterleben und gedeihen möge.

Der Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, hielt am 8. April eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende verlas eine Bekanntmachung des Hauptvorstandes, wonach das Erscheinen des „Holzarbeiters“ vorläufig eingestellt wird wegen Geldmangels. Der Kassierer verlas den Kassenbericht, der für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Aus dem Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission war zu ersehen, daß im ganzen Vierteljahr das Arbeitsangebot bei weitem die Nachfrage überstieg hat. Die Bibliothek ist fleißig in Anspruch genommen worden, in 14 Tagen befinden sich zur Zeit 52 Bände Klassiker, 64 Bände wissenschaftliche Werke und 16 Bände Romane. Beim vierten Punkt der Tagesordnung: Vorstandswahl, wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. In den Arbeitsnachweis für den Süd-Osten wurden die Kollegen A. Maas, Göbe, Engler, Hammermann, Adam, Zober und Pöhner gewählt; für den Norden die Kollegen Witow, G. Köppen, Wegener, D. Buchholz, Penke, Hägel und A. Maas. Zum Bibliothekar wurde Kollege O. Schmidt gewählt. Dem Agitationsfonds in Hamburg wurden 50 M. und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 50 M. vom Ueberschuß des Massenballs überwiesen. Weiter war vom Vorstand folgender Antrag gestellt: Sollte in einer Verbandssammlung eine Beschwerde über eine Institution des Verbandes vorgebracht werden und dieselbe ist nicht zuvor dem Vorstand unterbreitet, so ist dieselbe sofort abzulehnen. Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Kollege Stein machte bekannt, daß die Ausgabe der Marken zum Agitationsfonds in folgenden Lokalen stattfindet: Jeden Sonnabend von 8-9 Uhr Mariannen-Platz 4 und Friedrichsbergerstr. 11, und jeden Sonntag Vormittag von 10-11 Uhr Veteranenstr. 22. Ferner machte derselbe bekannt, daß am 3. Mai eine Versammlung mit Frauen stattfinden, und ersuchte um rege Beteiligung. Ferner brachte ein Kollege einen Fall zur Sprache, wonach ein Kollege in einer Fabrik 20 Jahre lang gearbeitet hat und nun entlassen worden ist wegen eines ganz geringfügigen Vergehens. Er ermahnte die Kollegen, sich diesen Fall zu Herzen zu nehmen und dem Verband beizutreten, weil man nicht auf die Gunst der Prinzipale rechnen kann, wenn man auch noch so lange auf einer Stelle arbeitet. Die nächste Verbandssammlung findet am 11. Mai statt.

Der Zentralverein der Hand- und Geschäftsdienner Berlins hielt am Dienstag, den 7. April, seine zweite ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Bendig, teilte mit, daß am Vortage eine Fußpartie nach Schmargendorf stattfand. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr, Potsdamer Ring-Bahnhof. Am 1. Mai findet eine große öffentliche Versammlung mit Damen im Fein-Palast statt. Im Verein neu aufgenommen wurden 81 Kollegen. Der Kassenbericht des letzten Vierteljahres, gegeben vom Kassierer Kollegen Kubat, ergab einen Bestand von 79,26 M. Nach Bestätigung dieses Berichtes durch die Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der Bericht des Stellennachweises ergab, daß von 120 gemeldeten Stellen 62 durch Kollegen besetzt werden konnten. Ebenso gab Kollege Kaiser, Obmann der Rechtschutz-Kommission, einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Kommission seit dem Bestehen derselben, und es wurde der Kommission Decharge erteilt. Bei der hierauf folgenden Ergänzungswahl des Vorstandes wurde Kollege Hannemann als erster und Kohnke als zweiter Kassierer gewählt. Da hierdurch eine Ergänzung für die Rechtschutz-Kommission nötig wurde, wurde sie gleich vorgenommen und die Kollegen Säwert und Boigt in dieselbe gewählt. Folgende Resolution wurde noch angenommen: Die Generalversammlung des Zentralvereins der Handdienen Berlins protestiert ganz energisch gegen die Ausführungen einiger Vorstandsmitglieder des Unterstützungs-Bundes in der letzten öffentlichen Handdienen-Versammlung, nach welchen so zu sagen der Zentralverein die Stellenvermittler (sogenannte Halsabschneider) in ihrem Handweil unterstützt und spricht ihr Bedauern darüber aus, daß organisierte Kollegen Unwahrheiten in so weitgehendem Sinne gegen eine Vereinigung verbreiten.

Der Verein Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen hielt am 13. April eine gemeinschaftliche Sitzung ab. Herr Dietrich verlas den Kassenbericht. Einnahme 489 M. 73 Pf., Ausgabe 411 M. 41 Pf., Bestand 28 M. 32 Pf. Der Bericht wird von den Revisoren bestätigt und der Vorsitzende erteilt dem Kassierer Decharge. Hierauf fand die Vorstandswahl beider Abteilungen statt. Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Herr Haue und Frau v. Hoffkötten, zu Kassierern Herr Dietrich und Frau Körner, Schriftführern Herr Adolph und Frau Adolph, 2. Vorsitzenden Herr Hantenberg und Frau Philipp, 2. Schriftführer Herr Dahlström und Frau Wittig. Verschiedene Änderungen an der Geschäftsordnung wurden vorgenommen. Da für Schüler und speziell für Schülerinnen die Anschaffung eines Skeletts von großem Wert ist, so wird in nächster Zeit ein Skelett angeschafft werden. Ein Antrag wurde angenommen, einige Wanderversammlungen in verschiedenen Stadtteilen abzuhalten. Herr Dr. Guttmann theilt den Anwesenden mit, daß die Ärzte im Sommerhalbjahr hauptsächlich über Volksernährung und häusliche Gesundheitspflege Vorträge halten werden und bittet um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Dann schloß der Vorsitzende, Herr Schmidt, mit einem Hoch auf die Ärzte und das fernere Gedeihen des Vereins die Versammlung.

Schraubendreher. Am Sonntag, den 12. April, wurde die ordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Metallschraubendreher- und Jagendreher Berlins und Umgegend abgehalten. Zunächst verlas der Kassierer, Kollege Hennig, den Vierteljahres-Kassenbericht. Demnach beläuft sich die Einnahme auf 137,30 M., die Ausgabe auf 47,86 M.; hierzu der Bestand vom 30. November 1890 mit 116,57 M., bleibt ein Ueberschuß von 206,01 M. Der Revisor, Kollege Voigtländer, teilte mit, die Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben, und daraufhin wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann nahm Genosse Otto Klein zu einem Vortrag über Arbeitgeber-Verbände das Wort.

Die Wirkung des Vortrages zeigte sich in der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung des Fachvereins der Metallschraubendreher- und Jagendreher Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erblickt in der lokalen Zentralisation der Metallarbeiter Berlins unter den heutigen Verhältnissen die einzig mögliche Form, unter welcher etwas Ersprießliches für die Metallarbeiter geschaffen werden kann. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, in kürzester Zeit die Verbindlichkeiten des Fachvereins zu erledigen und so bald als möglich eine außerordentliche General-Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Auflösung des Fachvereins.““ An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Koopmann und Thate. Dieselben sprachen im Sinne des Referenten und im Sinne der Resolution. Unter „Verschiedenem“ theilte der Vorsitzende Kollege Thate mit, daß der 1. Schriftführer Kollege Koopmann sein Amt wegen Ueberbürdung niedergelegt hat und deshalb die schriftlichen Arbeiten vom zweiten Schriftführer weitergeführt werden. Hierauf theilte Kollege Koopmann mit, daß er zum Vertrauens-

mann des neuen Metallarbeiter-Verbandes gewählt worden sei. Es könnten sich bei ihm schon Mitglieder zur Aufnahme in den Verband melden. Zum Schluß gelangte folgende Resolution ebenfalls zur Annahme: „Die heutige Generalversammlung des Fachvereins der Metallschraubendreher- und Jagendreher Berlins macht den Beschluß der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung vom 31. März 1891 in Verbindung mit dem Ubrigen und verpflichtet sich insbesondere ein Viertel des Tagesverdienstes vom 1. Mai 1891 zum Kampf für den Achtstunden-Tag beizutragen.“

Steinseher.

Eine öffentliche, sehr gut besuchte Versammlung der Steinseher Berlins und Umgegend fand unter dem Vorsitz des Herrn Simon Sonntag Mittwochsabend statt. Als erster Punkt stand ein Vortrag über „Zweck und Ziel der Maidemonstration“ auf der Tagesordnung. An Stelle des am Erscheinen behinderten Genossen Fr. Jubel sprach Genosse Hildebrandt über dieses Thema.

Zu Anschluß an das Referat gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Versammlung der Steinseher Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden; ferner erklären die Anwesenden, daß eine wirkliche Verbesserung ihrer Lage nur durch die Ausführung der Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris zu erreichen ist. Infolgedessen verpflichtet sich die heutige Versammlung der Steinseher Berlins und Umgegend diese Beschlüsse zu den Ubrigen zu machen, und den 1. Mai als Arbeiter-Feiertag und zugleich als Ausdruck einer Kundgebung hoch zu halten. Da jedoch, in Anbetracht der augenblicklichen schlechten Lage der Arbeiter, eine allgemeine Arbeiterruhe am 1. Mai nicht wirksam durchzuführen ist, so akzeptiert die Versammlung den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion und legt den 3. Mai als Tag für die Demonstration fest.“

Eine weitere Resolution, welche lautete:

„Die heutige Versammlung der Steinseher Berlins und Umgegend beschließt, durch Abnahme der von der General-Gewerkschaftskommission herausgegebenen Marken einen Teil des Arbeitsverdienstes am 1. Mai der allgemeinen Arbeiterfrage zu opfern.“ — wurde ebenfalls, nachdem noch die Bestimmung getroffen war, daß die einkommenden Gelder direkt der Gewerkschaftskommission überwiesen werden sollen, einstimmig angenommen. Nach einer längeren Debatte darüber, wie der Vertrieb der Marken und die Regelung resp. Leitung der Demonstration vor sich gehen solle, wurde von den verschiedensten Vorschlägen hierzu von der Versammlung eine Kommission von 10 Personen zu wählen, als der zweckmäßigste erachtet. Bei der Wahl zu dieser Kommission wurden auch zwei Kandidaten vorgeschlagen, was bei einzelnen Kollegen Anstoß erregte und Anlaß zu einer längeren Auseinandersetzung gab. Von mehreren Genossen wurde den verammelten Kollegen dringend an's Herz gelegt, diesen unzeitgemäßen, verwirrenden Kaffengeist und Dünkel fahren zu lassen; man solle, auf dem Boden der allgemeinen Arbeiterbewegung stehend, die Eifersüchteleien und den Unterschied zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern fallen lassen. Es wurde darauf hingewiesen, daß heutigen Tages der Unterschied immer mehr verwischt werde und namentlich in ihrem Verufe zahlreiche Fälle zu verzeichnen wären, wo Arbeiter, deren Vorführung man nur von gelehrten Arbeitern für möglich hielt, dennoch von den ungelerten sehr gut zu Stande gebracht seien.

Bei einer hierüber vorgenommenen Abstimmung waren aber doch noch 7 Stimmen gegen die Aufnahme der Kandidaten in die Kommission und es wurden dann die vorgeschlagenen Personen en bloc gegen 4 Stimmen gewählt.

Sodann berichtete Genosse Kretow als Delegierter über augenblickliche Organisation der Streit-Kontrollkommission, sowie über die verschiedenen Streiks, welche derselben vorgelegen haben und über deren sonstige Beschlüsse. — Die Versammlung erklärte sich hierauf mit allen gegen eine Stimme mit der Neu-Organisation der Streit-Kontrollkommission einverstanden und wählte den Genossen Kretow wieder zum Vertrauensmann ihrer Gewerkschaft für dieselbe.

Unter Verschiedenem wurde zum Abonnement auf das Fach-Organ und zur Agitation für dasselbe aufgefordert, wobei darauf aufmerksam gemacht wurde, daß dasselbe jetzt billiger im Preise und seinem Inhalt nach bedeutend besser geworden sei.

Einem Antrag, einen etwaigen Ueberschuß der Teller-Versammlung der Streit-Kontrollkommission zu überweisen, wurde zugestimmt und die Versammlung dann mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkerebefreiende Sozialdemokratie geschlossen.

In einer öffentlichen Versammlung der Schmiede, welche unter dem Vorsitz des Kollegen Walter tagte, sprach der Genosse Ein über die Bedeutung des achtstündigen Arbeitstages. Redner erntete Beifall. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt und folgende Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Die heutige bei Joel tagende öffentliche Versammlung der Schmiede Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und erklärt ferner mit allen gegen Gebote stehenden Mitteln den achtstündigen Arbeitstag erkämpfen zu wollen. Da dieses aber nur durch ein einiges Vorgehen der Arbeiterklasse erreicht werden kann, so verpflichten sich die Anwesenden, sich der im eigenen Gewerke bestehenden Vereinigung anzuschließen, um so mit vereinten Kräften der Regierung die Forderungen stellen zu können.“

Nach einer Pause behufs Aufnahme neuer Mitglieder in den Verband trat die Versammlung, nachdem sie sich darüber schlüssig geworden war, den in der letzten Versammlung beschlossenen Ausflug am 3. Mai nach Friedrichshagen zu machen, in eine sehr lang ausgelegte Debatte darüber, wann und von welchem Orte aus der Ausflug gemacht werden sollte, bis man sich endlich dafür entschied, Morgens früh um 7 Uhr vom Schlesischen Bahnhof abzufahren.

Kollege Walter legte dann sein Mandat als Delegierter zur Streit-Kontrollkommission nieder und meinte, daß es nicht ratsam wäre, die Gewerkschaft auch ferner noch dort vertreten sein zu lassen, eine Ansicht, welcher von anderer Seite heftig widersprochen wurde.

Schließlich wurde ein Antrag einen neuen Delegierten zu wählen, abgelehnt.

Kollege Dargeloch macht auf die statistischen Fragebogen aufmerksam und fordert zum Besuch der am nächsten Sonntag im Feinpalast stattfindenden öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung auf.

Weiter wurde beschlossen, einen Teil des am 1. Mai verdienten Arbeitslohnes an die Generalkommission in Hamburg abzuliefern, und das Bureau der Versammlung wurde mit Ausführung des Beschlusses beauftragt.

Wäschebranche. Am 7. April tagte eine Versammlung des Vereins zur Wahrung geistiger und materieller Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Wäschebranche. Der Vortrag des Herrn Peus über Etüd- und Zeitlohn wurde mit Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Grashold, Koopmann, Jembla, Hergt, alle im Sinne des Referenten. Sodann wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zu Revisoren wurden die Herren Jembla, Hergt und die Damen Valerius und Röder wiedergewählt. Unter Verschiedenem hatte Kollege Schlesinger das Referat wegen der bei der Firma von Laaf, Schmidt und Wäsch genahrgelitten Kollegen Grashold und Bogt als Kommissionsmitglied übernommen. Die Kommission hatte sich in ihrer Sitzung 6 Fragen vorgelegt und beantwortet, die dann der Versammlung zur Diskussion gestellt wurden. Die erste Frage lautet: Sind die Kollegen Grashold und Bogt als gemahregelt zu betrachten? Antwort: Ja. Die nächsten drei

Fragen deckten sich ziemlich mit der ersten. Da die Kollegen gemahregelt sind, so müssen sie laut des Statuts des Vereins unterstützt werden. Die Versammlung stimmte auch den Vorschlägen der Kommission zu. Bei der 6. Frage (Stellungnahme gegen die Firma) wurde jedoch allseitig der Wunsch laut, davon Abstand zu nehmen, da die jetzige Konjunktur nicht geeignet dazu ist, schroff gegen die Firma aufzutreten zu können. Die nächste Versammlung findet in circa 14 Tagen statt.

Eine öffentliche Versammlung der Ristenmacher Vereins tagte unter dem Vorsitz des Kollegen Kühmann am Sonntag, den 12. April. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Reichling einen Vortrag über das Thema: Die Entwicklung, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie.

In der Diskussion sprachen die Kollegen Scharnick und Menzel.

Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem unter „Verschiedenem“ bekannt gemacht war, daß am kommenden Montag wieder eine öffentliche Versammlung stattfinden werde, in welcher ein definitiver Beschluß über die Maifeier gefaßt werden solle, wurde die Versammlung mit einem dreifachen, kräftigen Hoch auf die internationale, völkerebefreiende Sozialdemokratie geschlossen.

Einen außerordentlich dem des beschlußfähigen Reichstages durchaus ähnlichen Publikum bot eine von den Christlich-Sozialen am Freitag nach Moabit einberufene Versammlung, in welcher der „Niedergang des Mittelstandes“ erörtert wurde. Ganze dreißig Personen hatten sich in dem großen wohl 400 Personen fassenden Saale eingefunden, ungefähr gerade soviel Menschen, wie Lische. Da es etwas grausam wäre, den Christlich-Sozialen den Rath zu geben, gar keine Versammlungen mehr abzuhalten, so möchten wir ihnen nur den wohlgemeinten Rat geben, sich zu weiteren Zusammenkünften kleinere Lokale aufzusuchen. Die gefinnungsverwandten Antisemiten thun das bereits jetzt.

Die Maurer Charlottenburgs hielten am Dienstag Abend eine öffentliche Versammlung ab. Die Zeitung übernahm Koll. Schulz. Herr Kessler referierte über die Bedeutung des achten deutschen Maurerkongresses und zeigte in längeren Ausführungen, wie schlecht eine Zentralisation für Deutschland angebracht sei. Referent weist, ohne die Nützlichkeit der englischen Trades-Unions zu verkennen zu wollen, auf die Verschiedenheit der Gewerke in Deutschland und England, sowie auf die weit größere Bewegungsfreiheit der englischen Arbeiter hin und meint, daß der achte deutsche Maurerkongress vornehmlich die Zentralisation beschließen werde; man solle sich deswegen passiv verhalten und hier am Orte energisch für die Organisation eintreten.

In der Diskussion sprachen die Koll. Pflenz und Bolter für Entsendung eines Delegierten, welcher den Standpunkt der Charlottenburger Maurer klarlegen soll, während Schneider und Müller dagegen sprachen. Ein Antrag des Koll. Schneider, den Kongress nicht zu beschicken, wird endlich mit großer Majorität angenommen.

Die hierauf folgende Abrechnung des Kassierers ergibt eine Einnahme von 572 M., Ausgabe von 450 M. 95 Pf., bleibt Bestand 121 M. 5 Pf. Die Revisoren werden beauftragt, den Kassenbestand und die Belege zu prüfen.

Von der Neuwahl der Vertrauensmänner muß Abstand genommen werden, da sich Niemand bereit erklärt, das Amt anzunehmen. Die Wahl wird zur nächsten Versammlung vertagt.

Unter Verschiedenem schlägt der Vorsitzende vor, eine Petition an den Rath der Stadt Charlottenburg zu richten, um eine Steuerermäßigung zu erlangen. Redner hebt hervor, daß die Maurer Charlottenburgs immer noch mit einem Einkommen abgesehrt werden, welschen eine Berechnung von 60 Pf. Stundenlohn und 47 Wochen Arbeit im Jahre zu Grunde gelegt ist, während der Lohn in den meisten Fällen nur noch 45-50 Pf. betrage, die Arbeitslosigkeit von 14-18 Wochen aber Regel sei. Es wird eingewendet, ein Jeder solle einzeln dagegen reklamieren, die Versammlung ist jedoch in ihrer Majorität mit dem Vorschlag einverstanden und beschließt demgemäß.

Für Niederichshausen, Pantow und Umgegend fand am Sonntag eine öffentliche Volksversammlung unter Leitung des Genossen Schodel statt. Nach einem Referat des Genossen Mohrlad über die internationale Arbeiterschutzes-Gesetzgebung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Volksversammlung für Niederichshausen, Pantow und Umgegend erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und ist der Meinung, daß die jetzt im Reichstage zur Berathung stehende „Arbeiterschutzes“-Novelle nur ein Schutz der Unternehmer sei. Eine Hilfe erwartet die Versammlung nur von der Annahme des von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Gesetzesentwurfs. Die internationale Regelung des Arbeiterschutzes ist nur durch den Druck von Unten, durch die Vereinigung der Proletarier aller Länder zu erreichen.

In Bezug auf die Maifeier wird folgendes beschlossen: Am 1. Mai Abends findet eine große Volksversammlung statt, mit dem Arrangement der Vertrauensmänner beauftragt wird. Am 3. Mai findet ein großes Volksfest bestehend in Konzert, unter Mitwirkung des Pantower Gesangvereins, sowie Festrrede, Ball und Belustigungen für die Jugend statt. Es wird eine Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen: Rivier, Bilz, Kirschnert, Wack, Pitzmann, Gröblich und Hoffmann, welche mit Hinzuziehung des Vertrauensmannes das Weitere zu besorgen hat.

Unter Verschiedenem wird aufgefordert, den Beschlüssen der Vollkommission mehr Beachtung zu schenken.

Ferner wird einstimmig beschlossen, Schuhwaren nur mit Kontrollmarken zu kaufen.

Der Vorsitzende macht noch eine Verfügung bekannt, die ihm zugesandt wurde, in welcher ein Verbot enthalten sei, daß das rothe Polizeipapier zu Versammlungsbescheinigungen nicht verwendet werden dürfe, und das Ankleben der Plakate überhaupt nicht erlaubt sei. An diese Verfügung, welche jeder gesetzlichen Grundlage entbehrte, werde der Vertrauensmann sich gar nicht kehren, denn das benutzte Papier sei kein rothes Polizeipapier. Die Versammlung wird hierauf mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Wälschenbeck. Seit kurzer Zeit entfalten die Antisemiten im Niederbarnimer Kreise eine rege Agitation. So hatten dieselben am Sonntag, den 5. April, auch unseren Ort mit ihrem Besuche bedacht. Herr Wälschenbeck sprach über „Judenthum und Sozialdemokratie“ und erging sich hierbei in den alten bekannten Tiraden. Genosse Kraus (Heinrichsdorf) war jedoch in der Lage, Herrn Wälschenbeck Zug für Zug zu widerlegen und wurde dafür von der Versammlung mit stürmischem Beifall belohnt. Dies mußte nun wohl den Vorsitzenden arg verschupst haben, denn er ließ die vier noch eingezzeichneten Sozialdemokraten nicht zum Wort und ertheilte dem später eingezzeichneten Antisemiten Müller (Berlin) das Wort. Als sich nun hierüber eine kleine Geschäftsordnungs-Debatte entspann, erklärte Herr Wälschenbeck, daß es im Reichstage Uns wäre, daß einer für und einer gegen spricht. Dieses sollte nun auch geschehen. Als jedoch Herr Müller geendet hatte, ertheilte der Vorsitzende dem Referenten das Schlusswort. Darüber geriet nun begrifflicher Weise die Versammlung in Aufregung, Geschäftsordnungs-Rufe ertönten von allen Seiten. Was diese Ordnungsrufen unter Ordnung verstehen, konnte man daraus ersehen, daß der Vorsitzende fortwährend betonte, daß er die Geschäftsordnung selbst mache und Herr Wälschenbeck das Schlusswort habe. Nun forderte Gen. Duchateau alle Sozialdemokraten auf, den Saal zu verlassen und 2/3 der Anwesenden verließen unter Hohnrufen auf die internationale Sozialdemokratie den Saal. Mögen sich die Herren noch so sehr anstrengen, den einmal eroberten Kreis werden wir uns nicht wieder entreißen lassen.